Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 3.60, monatlich 1.20 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 60 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 50 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Amtliches Publikationsorgan der Arbeiter- und Soldatenräte.

Nr. 291. Freitag, den 13. Dezember 1918. 25. Jahrg.

Auf zum Wahlkampf!

Im Januar 1912 ist das deutsche Volk zum letzten Male an die Wahlurne getreten, um durch das Gewicht seiner Stimmen die Geschicke des ganzen Landes zu beeinflussen. Die Sozialdemokratie erhielt über 4 Millionen Stimmen und rückte als stärkste Partei in den Reichstag ein. Damals stritt sie schon mit der ganzen Leidenschaft, die nur die Ueberzeugung eingeben kann, daß sich allein das Volk vor der drohenden Katastrophe eines Weltkrieges retten kann, für die Einführung des freien Volksstaates, der jetzt nach der Götterdämmerung des Militarismus Form und Gestalt angenommen hat.

Ein halbes Jahrhundert war das deutsche Bürgertum feig jeder ernsten Auseinandersetzung mit dem in Deutschland herrschenden Halbabsolutismus ausgewichen. Den Cäsarenwahnsinn auf dem Throne, der das Volk zu einem willenlosen Werkzeug des Gottesgnadenmonarchen herabwürdigte, haben die leitenden bürgerlichen Kreise durch ihre Passivität zu immer neuen Ausschreitungen förmlich ermuntert. Während die für die Völkerversöhnung begeisterten Sozialdemokraten, als „vaterlandslose Gesellen" beschimpft, in den Gefängnissen wegen Majestätsbeleidigung schmachteten, klatschten die herrschenden Klassen des Bürgertums den Reden Wilhelms II. laut Beifall, die in einer chauvinistischen Sprache das Volk zu einem stürmischen Flottenbau aufpeitschten und jene die ganze Welt alarmierende „Flottenpolitik" einleiteten, die heute selbst ein Bethmann Hollweg als unheilvoll für Deutschland zu brandmarken wagt.

Wenn heute die bürgerlichen Parteien in sozialdemokratischen Wendungen reden und den Militarismus zu Wasser und zu Lande feierlich verfluchen, dann müssen wir ihnen sagen, daß sie diesen noch kurz vor dem Kriege förmlich anbeteten und ihm Milliarden opferten.

Schaut daher, deutsche Arbeiter, deutsche Angestellte, deutsche Bauern und Kleingewerbetreibende, nicht auf die heutigen Worte der bürgerlichen Parteien, auf Worte, die ihnen nur durch den Druck der Revolution aufgezwungen wurden, sondern

auf ihre früheren Taten.

Tiefgreifende Sinnesänderungen, grundstürzende Umwälzungen in den Weltanschauungen der Parteien vollziehen sich nicht von heute auf morgen. Wer am 7. November 1918 noch als überzeugter Verehrer des Militarismus und als treuer Anhänger des Gottesgnadentums zu Bette ging, der konnte nicht am 8. November als Antimilitarist und als Republikaner aufstehen. Wer war es denn, der noch kurz vor dem militärischen Zusammenbruch von der „unglückseligen Friedensmacherei", vom „Scheidemannfrieden" als einem Schmachfrieden sprach? Es waren dieselben Herrschaften, es war dieselbe Presse, die heute unter dem Deckmantel irgend einer „Volkspartei" den Wählerinnen und Wählern Sand in die Augen zu streuen versucht.

Alle sozialdemokratischen Forderungen, die sich in der Novemberrevolution erfüllten, sind von dem konservativen, liberalen und klerikalen Bürgertum gehässig angegriffen und förmlich verhöhnt worden: so

die Beseitigung des Militarismus,
die Einführung der Republik,
die völlige Demokratisierung von Staat und Gemeinde,
das Frauenwahlrecht usw.

Alle Verfassungsanträge der Sozialdemokratie in der Lübecker Bürgerschaft sind bis vor kurzem von fast allen Bürgerlichen mit Geringschätzung zurückgewiesen worden. Und jetzt sehen wir, wie diese Leute sich als „gute Demokraten", als Anwälte aller Staatsbürger, aller Frauen aufspielen; dieselben Leute, die sich stets mit Händen und Füßen gegen die Gleichberechtigung der Frauen wehrten.

Genossen und Genossinnen, reißet den

Volksfreunden von heute

die Maske herunter, damit alle Welt

das wahre volksfeindliche Gesicht

von gestern erkennt.

Reaktionäre Maulwürfe suchen in Hülle und Fülle die Fundamente der Revolution zu untergraben.

Verräter von gestern

werden zu

Verrätern von heute

werden! An den Grundlagen der Revolution kann aber nur der aufrichtig arbeiten, der zu ihr die Bausteine in jahrzehntelanger erfolgreicher Arbeit zusammentrug. Das tat aber

allein der Sozialdemokrat!

Daher harrt der sozialdemokratischen Partei jetzt eine Arbeit, so umfangreich und bedeutungsvoll wie nie zuvor. Vor allem handelt es sich

um die Befestigung und den Ausbau der Errungenschaften der November-Revolution.

Dieses hohe Ziel ist nur durch die

Wahl sozialdemokratischer Genossen und Genossinnen

in die Nationalversammlung und in die **Lübecker Bürgerschaft** zu erreichen.

Die Sozialdemokratie ist die Grundlage des freien Volksstaates. Ohne ihr tatkräftiges Eingreifen wäre in den Revolutionstagen das Chaos, aber nicht der freie Volksstaat aus den völlig zerrütteten politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen Deutschlands herausgeboren worden. In jahrzehntelanger Arbeit hatte nämlich die Sozialdemokratie die wichtigsten „Posten" im Staat und in der Gesellschaft besetzt — und sie konnten deshalb in den Novembertagen die politische Macht erobern.

Das ganze werktätige Volk muß wissen, daß es sich bei den Wahlen zur Nationalversammlung und zur Bürgerschaft um Wahlen handelt, die

für die Zukunft des lübschen und deutschen Volkes von entscheidender Bedeutung

sind, die dessen politische, wirtschaftliche und soziale Verfassung bestimmen werden.

Genossinnen und Genossen! Auf zur Wahlarbeit!

Einberufung des Reichstages gegen den Willen der Regierung?

Die Existenzberechtigung des Reichstages hat mit Beseitigung des alten Systems aufgehört. Das paßte natürlich den bürgerlichen und reaktionären Herrschenden nicht, die in ihm die Mehrheit besitzen. Sein Präsident Fehrenbach hat wiederholt gegen die Auflösung protestiert, ohne daß er bei der Mehrheit des Volkes und bei der Regierung Beifall fand. Nun treibt die bürgerliche Presse seit Wochen ein anderes Spiel. Sie schreibt täglich, daß die Entente nicht geneigt sei, die jetzige Regierung anzuerkennen und stößt mit ihrem geheimen Wunsche die Gegner an die Brust. Was Wunder, wenn die chauvinistische Auslandspresse diesen Happen aufschnappt und in allen Tonarten breittritt. Jetzt kommt auch das „Berl. Tagebl." mit der Sprache heraus und gibt zu, daß die bürgerlichen Parteien „Aussprachen" über die Einberufung des Reichstages gepflogen haben. Zu dieser Konventikelnpolitik bemerkt ironisch das Blatt:

„Wenn wir den Frieden nur durch ein Vertrauensvotum des Reichstages für die Regierung erlangen können, so müßte man, trotz aller begreiflichen Bedenken, schließlich für die Einberufung sein. Allerdings erscheint es uns noch fraglich, ob die Entente gerade einem Votum des Reichstages, dessen Position dem Auslande gegenüber seit dem 4. August 1914 keine gunstige war, eine genügende Bedeutung würde beimessen wollen."

Nun hat Präsident Fehrenbach zu dem Trumpf ausgeholt und den Reichstag selbstherrlich einberufen. Aus Berlin wird gedrahtet:

Reichstagspräsident Fehrenbach hat über den Kopf der Regierung hinweg den Reichstag einberufen und die Abgeordneten davon in Kenntnis gesetzt, daß sie sich zur Abreise bereit halten möchten. Ort und Zeit der Tagung behält sich Fehrenbach vor und begründet seine Maßnahme damit, daß die Entente die gegenwärtige Reichsregierung nicht als verhandlungsfähig ansieht. Er schreibt:

„Die Frist des Waffenstillstandes läuft in den nächsten Tagen ab, auch wenn sie verlängert werden sollte, der Abschluß des Vorfriedens muß sofort angestrebt werden, wenn das Vaterland vor weiterem Schaden bewahrt werden soll. Die Nachrichten aus dem Lager unserer Feinde lauten mit immer größerer Bestimmtheit dahin, daß sie der jetzigen Reichsleitung die Verhandlungsfähigkeit absprechen, daß sie jedoch die geschäftsführenden Organe des Reiches (Bundesrat und Reichstag) als berechtigt anerkennen für die Schaffung einer legitimen Reichsregierung, sowohl wie auch zur Beschlußfassung über das Wahlgesetz für die Nationalversammlung.

„Die Not der Zeit verbietet weiteres Zuwarten und verpflichtet mich auch ohne Zustimmung der Regierung, von der in der Sitzung vom 28. Okt. dieses Jahres erhaltenen Ermächtigung zur Berufung des Reichstages Gebrauch zu machen. Ich berufe hiermit den Reichstag, behalte mir aber die Bestimmung von Ort und Zeit der Tagung noch vor. Die Herren Kollegen bitte ich, sich zur Abreise bereit zu halten und zu der demnächst anzuberaumenden Sitzung vollzählig zu erscheinen.

Fehrenbach."

Der Rat der Volksbeauftragten hat dem Reichstagspräsidenten folgendes geantwortet:

„Auf Ihr gefl. Schreiben vom heutigen Tage erlauben wir uns folgendes zu antworten: Die Behauptung, daß die Entente der jetzigen Reichsleitung die Verhandlungsfähigkeit abspricht, daß sie jedoch Bundesrat und Reichstag als berechtigt anerkennt zur Schaffung einer legitimen Reichsregierung bis zur Beschlußfassung über das Wahlgesetz für die Nationalversammlung, entbehrt der Begründung. Sie ist nur geeignet, die Entente im Widerspruch zu der tatsächlichen Macht der gegenwärtigen Regierung in den irrigen Glauben zu versetzen, als ob eine verhandlungsfähige Regierung nicht vorhanden wäre. Der Rat der Volksbeauftragten hat wiederholt dargelegt, daß durch die politische Umwälzung Vorderregierung und Reichstag als gesetzgebende Organe aufgehört haben, zu existieren. Sollten Sie trotzdem den nicht mehr existierenden Reichstag einberufen, so werden Sie die Verantwortung für die Folgen zu tragen haben."

Politische Rundschau.

Deutschland.

Gegen Eingriffe in die Preßfreiheit.

Der Rat der Volksbeauftragten erläßt folgende Bekanntmachung für die Preßfreiheit:

In den letzten Tagen häuften sich die Eingriffe von A.- und S.-Räten in die Preßfreiheit derart, daß die Reichsregierung ihnen auf das entschiedenste entgegentreten muß. Es ist z. B. in Leipzig eine Zeitung mit Erstürmung und Zerstörung bedroht worden, wenn sie einen bestimmten Bericht bringe, und an den Plakatsäulen zur Selbsthilfe gegen diese Zeitung aufgerufen worden, weil sich die Deutsche Volkspartei und die Zentrumspartei in Flugblättern gegen die Verhaftung von Mühlheimer Bürgern wandten. Aehnliche Vorgänge werden aus zahlreichen anderen Städten gemeldet. Die Reichsregierung verwahrt sich aufs entschiedenste gegen jede gewaltsame Beschränkung des freien Wortes. Sie fordert von den A.- und S.-Räten völlige Aufrechterhaltung der Preßfreiheit, die einer ihrer ersten Programmpunkte ist. Es wird die Aufgabe der Reichskonferenz der A.- und S.-Räte sein, zu erwägen, wie gegen die lokalen Organisationen vorzugehen sei, die sich solche willkürlichen Handlungen zu schulden kommen lassen.

Der Rat der Volksbeauftragten:
Ebert, Haase, Scheidemann, Landsberg, Dittmann, Barth.

Der alte Drill.

Nach dem Einzug des ersten Garderegiments in Potsdam hat dessen Kommandeur, Graf zu Eulenburg, befohlen, stramm Ehrenbezeigungen vor den Vorgesetzten zu machen und die Waffen auch außerhalb des Dienstes zu tragen. Er will die Arbeiter- und Soldatenräte des Ersatz-Bataillons nur als Berater gelten lassen. Ein Mann ist bereits zu 3 Tagen Mittelarrest verurteilt worden, weil er keine Ehrenbezeigung auf der Stube machte.

Von den Kulmer Jägern, die auf der Weiterfahrt nach Westpreußen in Berlin weilten, hat ein Offizierstellvertreter einen Feldwebel, der die rote Schleife angelegt hatte, entmaß-

nen und körperlich mißhandeln lassen. Mitgliedern der Berliner Truppen, die für den Feldwebel Partei ergriffen, wurde von den Jäger-Offizieren gesagt, daß ihnen die Arbeiter- und Soldatenräte, der Vollzugsrat, die Volksbeauftragten usw. quatsch und piepe seien. Auch der Kommandeur der Jägertruppe habe gesagt, daß seine Leute anderer Gesinnung seien als die Berliner.

Auch diese Ueberhitzten wird noch die nordische Luft abkühlen.

Die Berliner Studentenwehr.

Im Vollzugsrat gab Polizeipräsident Eichhorn den Untersuchungsbericht über die Vorbereitungsarbeiten und Ziele der Studentenwehr. Daraus geht hervor, daß diese Verbindung planmäßig an ihrer Ausrüstung mit Waffen und anderem Material arbeitete, sie stand in intimer Fühlung mit dem Kriegsministerium, mit dem Auswärtigen Amt, mit der Kommandantur und dem Stellvertretenden Generalkommando; überall erfreute sie sich wohlwollender Förderung. Hauptmann Lorenz hatte den Auftrag, aus der Artilleriewerkstatt Spandau 600 Gewehre für die Studentenwehr zu beschaffen, hatte auch die hierzu erforderlichen Anforderungsscheine ausgefertigt. Zur Rechtslage bemerkt Eichhorn, daß es ratsam und wünschenswert sei, die Festnahme Verdächtiger möglichst einzuschränken. Die Regierung fordert durch Barth die Freigabe des Hauptmanns Lorenz, der Kriegsminister verbürge sich für den Mann und werde seine dienstlichen Vergehen bestrafen.

Der Spartakus-Unfug in den A.- u. S.-Räten.

Die neue Gemeindevertretung in Mariendorf bei Berlin, d. h. der Arbeiter- und Soldatenrat, der sich an ihre Stelle gesetzt hat, beschloß in den Gemeindebetrieben den Siebenstundentag einzuführen. Allen Gemeindearbeitern und Beamten wurden weit höhere Löhne bewilligt, als sie selbst gefordert hatten. Ferner wurde verlangt, daß der Vollzugsrat das höchste Regierungsorgan in Deutschland sein solle, und daß die Gardetruppen sofort entwaffnet werden. Dieser Gemeindevertretung gehört auch Rosa Luxemburg an.

Die in Neukölln herrschenden Spartakusleute haben ihre Drohung, das Stadtparlament zu sprengen, wahr gemacht. Die für gestern anberaumte Sitzung der Stadtverordneten konnte nicht stattfinden, da das Rathaus nur für Mitglieder des linksradikalen Arbeiter- und Soldaten-Rates geöffnet war. Auch der Versuch der Stadtverordneten, in den Bürgersälen ihre Tagung abzuhalten, wurde durch die vorzeitige Besetzung dieses Lokals durch Soldaten vereitelt.

In München erschien Eisner in einer Spartakusversammlung und mahnte sie, endlich zur Vernunft zu kommen, denn wenn bei uns das allgemeine Chaos eintrete, so sei die Revolution verloren. Wenn das Proletariat die Nationalversammlung verhindere, so sei dies der Bankerott des Proletariats.

Wieder eine Alarmmeldung.

Das auch von uns gebrachte Telegramm aus dem Großen Hauptquartier, wonach in der neutralen Zone die A.- und S.-Räte aufgelöst werden müßten, wird vom Frankfurter A.- und S.-Rat als Falschmeldung bezeichnet. Der Arbeiterrat erklärt, daß es vollkommen unwahr sei, daß die Entente nach den Waffenstillstandsbedingungen sich Eingriffe in die innerpolitischen Einrichtungen der neutralen Zone vorbehalten habe. Die Auflösung der Arbeiter- und Soldatenräte in der neutralen Zone sei keine Forderung des Feindes, sondern der Wunsch der gegenrevolutionären Kräfte unseres Landes.

Dieser Ueberzeugung haben wir bereits gestern Ausdruck verliehen. Sie wird auch bestätigt durch eine Meldung Eisners, daß die Italiener in Innsbruck den Arbeiter- und Soldatenrat bestehen ließen.

Der Entlassungsanzug.

Der Vollzugsrat des Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenrats und das Kriegsministerium erlassen diesen Aufruf:

Kameraden! Jedem am 9. November 1918 und später aus dem Heere ausscheidenden Unteroffizier und Mann sollte unentgeltlich ein Entlassungsanzug mitgegeben werden. Durch Eingriffe und Beschlagnahme Unberufener, durch Plünderung und unberechtigten Verkauf in den ersten Tagen nach der Revolution sind die Kammerbestände und Bekleidungslager fast vollständig geleert. Neue Anzüge müssen erst wieder angefertigt werden. Ihre Herstellung kostet Zeit. Es wird alles darangesetzt werden, sie rasch bereitzustellen. Soweit neuer Vorrat da ist, wird zunächst das Feldheer versorgt werden. Das Heimatheer wird sich mit den Sachen begnügen müssen, die es bereits hat. Sie sind durchschnittlich nicht so verbraucht wie die Anzüge des Feldheeres. Wer künftig einen besseren Anzug erhält, muß den alten unbedingt zurückgeben, er wird dringend zur Herstellung weiterer Entlassungsanzüge gebraucht. Kameraden! Wir bitten euch: würdigt die Lage, die nicht durch uns verschuldet ist. Habt Geduld und Vertrauen! Seid maßvoll in euren Ansprüchen! Sorgt für Rücklieferung unrechtmäßig zurückgehaltener Bekleidung! Schützt die Kammerbestände, hindert den Verkauf und die Verschleuderung.

Gründung eines neuen Komitees ausländischer Sozialisten in Berlin.

Von einer Gruppe in Berlin ansässiger ausländischer Sozialisten ist ein Komitee gegründet worden, das sich die Verbreitung der sozialistischen Ideen in Europa, Aufklärung unter den Arbeiterklassen aller Länder über das Wesen und die Bedeutung der russischen und der deutschen Revolution, sowie die Förderung eines dauernden internationalen Friedens zur Aufgabe gesetzt hat.

Thyssen-Stinnes.

Ein Kriminalbeamter aus Berlin und ein Mitglied des A.- und S.-Rates aus Mülheim waren in Dortmund, um die Angelegenheit Thyssen-Stinnes zu untersuchen. Der Urheber der Anschuldigungen, ein Kellner namens Robert Boersch, ist Schriftführer des Sicherheitsausschusses des A.- und S.-Rates Dortmund. Bei der Vernehmung gab Boersch zu, daß er die Anschuldigungen erdichtete. Daraufhin wurde Boersch verhaftet.

Kleine politische Nachrichten.

In der nächsten Woche wird eine neue, sehr starke Einschränkung des Personenverkehrs in ganz Deutschland stattfinden müssen im Hinblick auf die Demobilmachung und auf die Ablieferung der Eisenbahnwagen an unsere Feinde.

Von der Preußisch-Hessischen Staatseisenbahnverwaltung sind zurzeit insgesamt mehr als 3300 Lokomotiven und 71000 Wagen aller Art im Werte von über 1,6 Milliarden Mark vergeben worden, die mit möglichster Beschleunigung fertiggestellt werden sollen.

Nach Pariser Meldungen soll Dresden und München Anfang Januar von den Alliierten besetzt werden.

Die ersten französischen Besatzungstruppen sind in Budapest angekommen.

Etwa 1000 junge Männer und Söhne von altdeutschen Eltern sind aus Straßburg zur Zwangsarbeit nach Belgien abgeführt worden.

Wie unser holländisches Bruderblatt „Het Volk" meldet, begingen am Sonnabend belgische Soldaten in Aachen schwere Ausschreitungen und Plünderungen von Kaufläden, mißhandelten die Bewohner und erstachen einen Juwelier. Französische Soldaten stellten die Ordnung mit Waffengewalt wieder her.

Im Ruhrrevier streiken nach neuesten Meldungen 5400 Bergarbeiter.

Polen.

Pogrome. Das Organ der radikalen polnischen Sozialdemokratie berichtet, daß nach dem Blutbad in Lemberg noch ärgere Pogrome in Wladimir-Wolynsk stattgefunden haben, die die Lemberger Greuel noch weit übertreffen. In Wladimir-Wolynsk wurden die Häuser mit Petroleum übergossen und angezündet. An den Ausschreitungen nahmen Soldaten teil, die überzeugt waren, daß die Pogrome mit Zustimmung und auf Befehl des Kommandanten stattfänden.

Oesterreich.

Graf Czernin plaudert. Vor Politikern und Zeitungsvertretern hielt Czernin eine Rede, aus der folgende Sätze Interesse erwecken: Immer und immer wieder brauchten wir die deutsche Hilfe. Wir bezogen monatlich von Deutschland über 100 Millionen Mark, um unsere Valuta zu stützen, eine Summe, die im Laufe des Krieges auf über 4 Milliarden Mark angewachsen ist. Trotz dieser Abhängigkeit blieb der einzige Weg zum Frieden zu kommen, Deutschland zu bewegen, den Frieden mit Opfern zu schließen. Die Zukunft wird beweisen, welche übermenschlichen Anstrengungen wir gemacht haben, um Deutschland zur Nachgiebigkeit zu veranlassen. Wenn dies alles mißlang, so lag die Schuld bei den führenden deutschen Militärs. General Ludendorff war die einzige Kraftnatur in ganz Deutschland und leitete die Politik, auch des Militärs. Ich hatte die feste Ueberzeugung, daß auch Deutschland genau wie wir, am Ende seiner Kräfte angelangt war. Ich habe immer betont, wenn die Monarchen der Zentralmächte nicht imstande sind, in den nächsten Monaten den Frieden zu schließen, dann werden die Völker über ihre Köpfe hinweg ihn machen, und dann werden die Wogen der revolutionären Vorgänge alles hinwegschwemmen.

Rußland.

Die Scharfrichter des Bolschewismus. Laut „Dagens Nyheter" ist der frühere russische Premierminister Trepow zusammen mit General Tan und Adelsmarschall Sobitzkij und anderen in Stockholm eingetroffen. Seine Absicht soll sein, hier ein neues russisches Ministerium zu bilden, das nach dem Sturz der Bolschewiki die Regierung übernehmen solle. Als deren Mitglieder werden genannt Fürst Wolkonskij, Baron Taube, Senator Jassiadko, General Nafelskij nebst anderen. Die Bildung des Ministeriums geschieht in Fühlung mit der Entente. — Es ist ein neues Konsortium, das sich zusammengefunden hat, um die russische Revolution in Blut zu ersäufen.

Gegen den Anmarsch der Ententetruppen protestiert die Sowjetregierung erneut. Es handle sich um einen böswilligen Angriff, um einen Akt nackter Gewalt und brutaler Nötigung, um den Versuch, die Freiheit und das politische und soziale Leben des Volkes eines anderen Landes zu vernichten.

Erschossen. Nach amtlichen Petersburger Nachrichten sind auf Befehl der Sowjetregierung General Rußki, der frühere Befehlshaber der Nordfront, und General Dimitriew, der Befehlshaber der großen russischen Armee, in Galizien erschossen worden.

Frankreich.

Sozialistische Kundgebung für einen gerechten Frieden. Der Generalausschuß der französischen Gewerkschaftsverbände fordert sämtliche Gewerkschaften im Lande auf, nach dem Beispiel der Pariser Arbeiter am Sonntag Versammlungen zu organisieren und eine gleichlautende Adresse anzunehmen, die Wilson durch die Vermittlung des amerikanischen Botschafters in Paris überreicht werden soll. Präsident Wilson soll wissen, daß seine Sprache der Vernunft und der internationalen Gerechtigkeit unmittelbar in das Herz der Arbeitermassen gedrungen ist und daß die Partei der Arbeiter ihm die notwendige Unterstützung bringt, um dem Gedanken des Friedens und des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zum Siege zu verhelfen.

Italien.

Revolutionäre Vorboten. In Italien mehren sich die revolutionären Anzeichen. Die Post- und Telegraphenbeamten sowie die Eisenbahnbeamten haben eine Bewegung zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen eingeleitet. In ganz Italien haben die Beamten die Obstruktion begonnen. Der Postminister erklärte, daß die Regierung ihr möglichstes tun werde, um die Angestellten zu befriedigen, dies scheine aber vergebens, weil die Bewegung in revolutionäres Fahrwasser geraten sei. Das Zentrum der Bewegung ist Mailand.

Norwegen.

Aufruf zur Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten. Die Landesorganisation der norwegischen Arbeiterpartei hat einen Aufruf an die Arbeiterorganisationen Norwegens erlassen, in dem sie alle sozialistischen Wehrpflichtigen auffordert, Soldatenräte zu bilden zum Zwecke, der Verwendung von Militärmacht gegen die Arbeiter vorzubeugen. Sowohl der links- wie der rechtssozialistische Führer unterschrieben den Aufruf. Infolge der zu erwartenden Ereignisse sind mehrere Jahresklassen Artillerie nach Kristiania beordert worden.

England.

Die Lösart nach dem Kriege. Lloyd George erklärte, er halte es für möglich, die ganzen Kriegskosten von Deutschland zu erhalten, ohne die Besatzungsarmee für eine lange Zeitperiode in Deutschland zurückzulassen oder große Posten deutscher Waren anzunehmen. Die Konferenz ist der Ansicht, daß von den Alliierten mit wirtschaftlichen oder internationalen Mitteln der nötige Druck auf Deutschland ausgeübt werden kann. Die Alliierten werden in erster Linie die Interessen der Völker berücksichtigen, mit denen Deutschland Krieg führte, und nicht die Interessen

---

Mutterfreuden.

Roman von H. Salomon.

7. Fortsetzung.

Ihre Hände lagen wie zum Gebet gefaltet im Schoß. Lange schaute sie nun hinüber nach der kleinen Wiege, welche einst ihr Liebstes auf der Welt umschloß und langsam perlten zwei heiße Tränen aus den jetzt so träumerisch blickenden Augen. Dann ein langer, tiefer Seufzer und wie im Traume erzählte sie dem teilnahmslos dasitzenden Röder ihre Leidensgeschichte.

„Was wißt Ihr Männer wohl von Mutterliebe?" kam es bitter lächelnd von ihren Lippen. „Ihr seht es wachsen und gedeihen. Aber alles andere überlaßt ihr der Mutter! Wie ganz anders doch bei uns! Wenn die Stunde kommt, wo wir fühlen, daß wir der Welt etwas schenken sollen, was wir so lange Zeit unter dem Herzen getragen haben und so innig mit uns verwachsen war, dann wissen und begreifen wir erst, wozu das Weib da ist. Und wenn dann solch herzlich kleines Wesen an der Mutterbrust liegt, sich fest hineinnuschelt in die belebende Wärme, als wenn es schon fühlte, daß es ganz und gar von der Mutter abhängig ist, dann sind die Schmerzen bald vergessen, die man um das traute Ding hat ausstehen müssen. — So ists auch mir ergangen."

Ein seliges Lächeln verschönte dabei das sonst so kalte Antlitz der Bäuerin. Nach kurzem Sinnen fuhr sie fort: „Es war mühsal ein bißchen schwach und zart im Anfang, mein Martele. Aber daß wuchs es heraus, gehegt und gepflegt, wie nur eine Mutter es tun kann. Bald konnts schon trippeln auf den kleinen Beinchen. Und dann kam aus dem Munde das erste plappernde Wort: Mamm! O, wie herzte ich das süße Wesen ab. So ward es größer und größer und wuchs mir immer mehr ins Herz hinein. Bald konnts schon mit den andern Kindern spielen. Wie ich denn manchmal zuschaute und es mit den andern Kindern herzlich, da hatte ich immer solch heimliche Angst, daß es mir einst genommen werden könnte. Denn wie ein feiner Engel spielte es aus. Gar nicht wie ein Bauernkind. Das Köpfchen voll lockter blonder Locken, die Augen tiefblau wie der lachende Himmel und einen kleinen süßen Mund, darüber ein zierliches Näschen. Das war so ganz anders wie die Dorfkinder! O, auch der Bauer hatte es lieb. Da kam das Gefürchtete. Kaum wars sechs Jahre alt, da ging der Keuchhusten plötzlich im Dorfe herum. Auch mein Martele ward nicht von ihm verschont. Erst gabs einen kleinen Husten. Dann öfter und heftiger, bis der Doktor sagte: es ist der Keuchhusten und ich sollte ja acht geben, weil das herzige Ding so zart und klein sei. Keine Minute fast ich mich meinem Kinde fortgegangen. Als Nacht war, ich war bei ihm. Seine Schmerzen waren auch die meinen! Bald wurdes aber schlimmer. Mein Herz krampfte sich zusammen, als ich sah, wie mein Liebstes sich quälen mußte. O, wie hab ich den Doktor gebeten, wie habe ich zum Herrgott gefleht, mir mein Martele zu retten. Aber alles umsonst!"

Starr blickten jetzt die Augen der Bäuerin in das Lampenlicht. Der harte Zug in ihrem Gesicht trat wieder scharf hervor und nach einer kurzen Pause fuhr sie fort, wieder allmählich weicher werdend:

„Eines Morgens lag es in meinem Arm; so ruhig, so still — als ob es schliefe. Vergebens küßte ichs und herzte es. — Der kleine Mund blieb für immer geschlossen. — Es war hinüber zu den Engeln gegangen!" — —

Die Augen der Erzählenden nahmen einen seltsamen überirdischen Glanz an. Langsam floß Träne auf Träne über die gefalteten Hände. Wie zu sich selbst sprechend, flüsterte sie dann weiter:

„Mit Gewalt mußte man mir meine einzige Freude, mein ganzes Glück aus den Armen nehmen. Was dann weiter geschah — ich weiß es nicht. Man erzählte mir, wie ich schwer erkrankte und bald meinem Martele gefolgt wäre. Aber ich ward wieder gesund, ich lebe wieder und — lebe noch." — Langsam fuhr sie mit der Rechten über die feuchten Augen und wie aus einem Traum aufwachend, sagte sie wieder in ihrem gewöhnlichen Tone, als ob sie sich ihrer eben empfundenen Rührung schäme: „So urteilt denn selbst, ob ich jemals Mutterfreuden erlebt habe. — Mein Martele ist tot und mit ihm meine schönste Freude am Leben!"

Als sie nun zu Röder voll aufsah, bemerkte sie, daß es auch in seinen Augen feucht schimmerte. Das ging ihr doch ans Herz und mit einem wärmeren Blick fragte sie:

„Wie könnte ich Euch beiden dann helfen?"

„Um mich, Bäuerin, braucht sich niemand zu kümmern," meinte er treuherzig. „Hier handelt es sich nur um meine Berta. Seht, an Geld soll es ihr nicht mangeln. Ein- oder zweihundert Mark lasse ich hier, damit es ihr an nichts fehlen soll. So handelt es sich nur darum, ob Ihr nicht jemanden kennt, dem ich die Berta mit gutem Gewissen anvertrauen kann. Erst dann könnte ich etwas beruhigter von hier fortgehen."

Die Bäuerin dachte längere Zeit nach. Endlich meinte sie:

„So könnte es gehen. — Nicht weit von hier, etwa eine Viertelstunde, wohnt eine alte Muhme von mir in einem kleinen alleinstehenden Häuschen. Sie hat zwar so viel, daß sie mit dem Leben auskommt. Die hat noch ein kleines Stübchen fast unbenützt. Wenns Euch recht ist, spreche ich morgen gleich mal vor, und dann könnt Ihr Euch in zwei oder drei Tagen Bescheid holen."

Ein freudiges Lächeln zog über sein hübsches Gesicht, als er sah, daß die Bäuerin sich endlich bereit finden ließ, einen entscheidenden Schritt hier zu tun.

„Wie soll ich Euch danken," sagte er bewegt, „daß Ihr mir die größte Sorge vom Herzen nehmt. Nun weiß ich, daß mein Lieb gut aufgehoben ist." Dabei war er aufgestanden und hatte in überquellendem Glücksgefühl eine ihrer Hände ergriffen und herzlich gedrückt. Doch ebenso rasch entzog sie ihm diese und sagte ernst:

„Laßt das. Ich tus der Berta wegen. Es ist ein gutes und braves Mädel." Sie erhob sich, sah prüfend auf die große Wanduhr und mahnte: „Es wird nun aber Zeit, daß Ihr geht. Bald kommt der Bauer wieder. Ihr wißt doch, daß er Euch haßt. So seht Euch deshalb vor." Dann kurz überlegend, sagte sie: „Am Mittwoch abend hat der Gemeindevorsteher Sitzung, wozu ja der Bauer auch gehört, dann könnt Ihr Euch Bescheid holen. Und nun eilt, daß Ihr fortkommt."

Ihr nochmals von Herzen dankend, verließ er frohen Mutes das Gehöft in dem hoffnungsfreudigen Gefühl, daß für seinen Schatz jetzt hinreichend gesorgt werden würde, denn wenn die Bäuerin einmal etwas versprach, dann hielt sies auch. Das wußte er von seiner Berta.

Als die Bäuerin wieder allein in der großen Stube war, ging sie nach der kleinen Wiege, packte die kleinen Bettchen wieder etwas anders hin und summte dabei leise mit wehmütiger Stimme ein altes, herziges Wiegenlied.

Kapitel 4.

Zwei Tage später schien es die Bäuerin am Nachmittage sehr eilig zu haben. Sie holte ihren kleinen Handkorb herbei, um einige Käschen, ein Dutzend Eier, etwas frische Butter und ein halbes Brot fein säuberlich darin einzupacken. Auch ein kleines Sträußchen von Immortellen, welche sie in ihrem Garten hinterm Hause angepflanzt hatte, band sie kunstgerecht zusammen.

Als der Bauer seine Frau so ausgerüstet zum Ausgehen in der Haustür stehen sah, machte er große Augen und fragte verwundert:

„Na, Frau, wo willst du denn mit dem Körbel hin?"

„Mal zusehn, wies der Muhme geht. Soll ja vorige Woche bös krank gewesen sein, und nehm ihr deshalb etwas zum Kräftigen mit," entgegnete sie ruhig. „Bin zum Abendessen wieder da." —

„So, so," brummte der Bauer. „Hab' von deiner kranken Muhme nichts gehört. Wenn du's aber sagst, muß es schon wahr sein. Na, dann sieh mal zu, wie's mit ihr steht."

Sie nickten sich beide zu und mit ruhigen Schritten verließ die Bäuerin den Hof, den Weg nach dem nahen Kirchhof einschlagend.

(Fortsetzung folgt.)

des deutschen Volkes, das sich dieses Verbrechen gegen die Menschheit schuldig gemacht hat. Lord Robert Cecil sagte: Deutschland müsse bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit zahlen. Barnes sagte in einer Rede in Glasgow, er würde es nicht für richtig halten, von Deutschland große Entschädigungssummen einzutreiben, da Deutschland niemals imstande sein werde, sie zu bezahlen. Er sei aber dafür, daß für alle Handlungen gegen das Völkerrecht und die Menschlichkeit Genugtuung geleistet werde und zwar nicht nur vom Kaiser, sondern auch vom deutschen Volke. Wenn er, Barnes, zur Friedenskonferenz gehen würde, würde er Tonne um Tonne des versenkten Schiffsraumes zurückverlangen. — Vor Tische, als die Herren den Sieg noch nicht in der Tasche hatten, las man es anders.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Freitag, 13. Dezember.

Frauen! Helft schaffen!

Die draußen vier Jahre lang ausgeharrt haben in furchtbaren Qualen, sie werden jetzt mit Liebe und Freude empfangen. Sie haben nicht nur die Heimat geschützt, sie haben sie auch befreit.

Frauen! Auch ihr habt Unsägliches gelitten, habt hergegeben den Mann, den ihr geliebt, den Vater und Bruder, der euer Schutz war, die Söhne, deren Zukunftsglück jeder eurer Gedanken galt. Wie viele von euch haben alles geopfert, was für sie „Leben" bedeutete. Ihr glaubtet, zur Freude geboren zu sein und habt mit hungerndem Magen in der Werkstatt ausgehalten, am Hochofen, in Wind und Wetter auf der Bahn, in der dumpfen Schreibstube. Und ihr habt sehen müssen, wie eure Kinder gehungert und gefroren haben und konntet ihnen nicht helfen. Wie die Männer draußen, habt ihr hier geleistet, was über eure Kraft ging. Auch von euch haben viele ihr junges Leben dabei verloren.

Zeigt euch auch jetzt ihrer würdig. Jetzt gilt es ja nicht, zu vernichten. Das hat eurem eigensten Wesen widerstrebt, jetzt gilt es, die neue Freiheit erhalten, gilt es, die harten Lasten, die die Gestürzten hinterlassen, auf alle zu verteilen. Es sollen nicht wieder die einen arbeiten und darben, damit die anderen ein Wohlleben führen können. Euren Kindern und Enkeln gilt es, eine Heimat zu schaffen, in die der Wohlstand wieder einzieht, eine Heimat, in der sie nicht schon als Kinder verkümmern in schlechter Stube bei allzu früher Arbeit, sondern wo sie Jugend und Freude haben und lernen dürfen, so viel sie wollen, eine Heimat, in der jeder am Ertrag der Arbeit gleichen Anteil hat.

Ihr wißt, daß das alles nur in der sozialistischen Wirtschaft möglich ist, daß nur sie uns schützt vor einem neuen Weltbrand wie der, an dessen Ende wir stehen. Ihr wißt, daß dieses Ziel erreichen will die Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Deshalb müßt ihr zu ihr gehören!

Die Revolution hat uns die politische Macht gebracht. Wir müssen sie uns gegen alle Feinde erhalten, sonst können wir nicht durchführen, was wir wollen. Alle müssen dazu helfen. Frauen! Ihr habt gezeigt, daß ihr dulden und arbeiten könnt wie die Männer, die heimkehren. Denkt und handelt jetzt auch wie sie, und man wird euch Kränze winden wie ihnen und es euch in Gedanken und Tat nicht vergessen.

Zu bürgerlichen Deputierten bei der Behörde für Travemünde hat der Senat den Genossen F. Mehrlein und Herrn Otto Alhers ernannt.

Die Rückkehr des Reserve-Infanterie-Regiments Nr. 84, das zum großen Teil aus Lübeckern besteht und seinerzeit hier zusammengestellt worden ist, ist im Laufe des heutigen Tages zu erwarten. Die Meldungen über das Eintreffen dieser tapferen Truppen gingen auseinander. Während es zunächst hieß, sie würden heute nachmittag 6 Uhr, dann um 3 Uhr kommen, besagte eine spätere Benachrichtigung, sie würden um 1/40 Uhr mittags erwartet. Jedenfalls ist ziemlich sicher, daß sie bei Erscheinen dieser Zeilen schon in der Heimat weilen. Wir begrüßen die Verteidiger des Landes und heißen sie herzlich willkommen.

Für Deutschlands Sein habt furchtbar ihr gelitten,
Habt mehr getan, als selber euch bewußt;
Ihr habt die deutsche Freiheit uns erstritten,
Und Lorbeer schmücke darum eure Brust!

Ihr zieht der Heimat zu mit festen Schritten,
Das Auge klar, das Herz voll Hoffnung weit —
Ich kann nicht jubeln, aber laßt mich bitten:
Steht für die Freiheit ferner auch bereit!

Wie uns kurz vor Redaktionsschluß mitgeteilt wird, treffen die 84er erst abends 8,45 Uhr ein.

Der Konsumverein für Lübeck und Umgegend hielt am Mittwoch, dem 11. Dezember im Gewerkschaftshaus seine diesjährige General-Versammlung ab. Dem Geschäftsbericht, den der Geschäftsführer Genosse Henze gab, entnehmen wir, daß der Konsumverein trotz des Krieges und der damit verbundenen Schwierigkeiten auch in dem verflossenen Geschäftsjahr sich gut entwickelt hat. Es traten 750 Mitglieder bei und 258 schieden aus, sodaß der Verein jetzt 11 224 Mitglieder zählt. Der Umsatz stieg von 2 640 914,05 Mk. im Jahre 1916/17 um 474 594,68 Mk. auf 3 115 508,73 Mk. Der Berichterstatter wies darauf hin, daß die Mitglieder es in der Hand hätten, bei der jedesmaligen Anmeldung der Lebensmittelkartenhefte den Umsatz noch mehr zu steigern, denn wie sich gezeigt habe, kaufen noch lange nicht alle Mitglieder im Verein. Der einzige Produktionsbetrieb, die Brauselimonadenanlage, hatte gut zu tun. Es sind hergestellt worden 143 940 Flaschen Brauselimonade und 3275 Flaschen Selters. Das Grundstück der Zentrale wurde durch den Zukauf eines angrenzenden 5323 Quadratmeter großen Terrains erheblich vergrößert, um auch größeren Anforderungen genügen zu können. Die Sparkasse wurde nach wie vor von den Mitgliedern rege benutzt. Es wurden insgesamt einbezahlt 854 951,24 Mk., abgehoben 219 290,99 Mark. Sie schließt mit einem Bestande von 1 836 190,11 Mk. ab. Die Zahl der Spareinleger betrug 5423. Sterbeunterstützung mußte in 144 Fällen im Gesamtbetrage von 3010 Mk. ausbezahlt werden. 51 von den Verstorbenen waren ein Opfer des Krieges. Auch über die Feuerversicherung konnte berichtet werden, daß sie sich eines immer größeren Ansehens bei den Mitgliedern erfreute und dementsprechend mehr Berücksichtigung fand. Von dem Personal fielen auch in dem verflossenen Jahre wieder 4 Genossen dem Weltkriege zum Opfer. Einen Lagerhalter verloren wir in der Heimat durch den Tod. Die Bilanz schließt in Aktiva und Passiva mit 2 511 190,12 Mk. ab. Die Erübrigung beträgt 12 629,34 Mk. Dieses Ergebnis sei nicht besonders günstig, doch müßten wir uns angesichts der jetzigen Verhältnisse damit begnügen. Wenn auch, so schloß Genosse Henze seine Ausführungen, die jetzige Zeit noch keine Besserung gebracht habe, so dürfte doch wohl angenommen werden, daß wir im Laufe des Jahres damit rechnen können. Dann stünde dem Konsumverein jedenfalls noch eine große, wichtige Aufgabe bevor, die die Mitarbeit aller Genossen notwendig mache und wozu er alle Mitglieder auffordere. Nach einer Aussprache, die sich hauptsächlich gegen die Zeichnung der Kriegsanleihe durch die Verwaltung und wie so oft gegen die Sterbeunterstützungseinrichtung des Vereins wandte, genehmigte die General-Versammlung die vorgelegte Bilanz, sowie den vorgeschlagenen Verteilungsvorschlag. Die Erübrigung im Betrage von 12 629,34 Mk. soll danach in folgender Weise verteilt werden: Reservefonds 7000 Mk., Warenvorschußfonds 1000 Mk., Dispositionsfonds 1000 Mk., Unterstützungsfonds des Zentralverbandes 600 Mark, Bibliothekzwecke 1000 Mk., Arbeiterbildungsverein 500 Mk., Waldschule 200 Mk., Ferienkolonie 200 Mk., Rotes Kreuz 200 Mk., Verein zur Speisung schlecht ernährter Schulkinder 300 Mk., Zur Weihnachtsunterstützung der Familien der eingezogenen Angestellten 629,34 Mk. Von dem Aufsichtsrat schieden die Genossen Hoff, Mehrlein und Stelling aus, wovon die letzteren beiden eine Wiederwahl wegen Ueberlastung mit anderen Arbeiten ablehnten. Gewählt wurden die Genossen Hoff, Bruns und Feig. Der von dem Vorsitzenden vorgelesene Revisionsbericht wurde entgegengenommen. Der Antrag der Verwaltung auf Erhöhung der Geschäftsanteile um 20 Mk. auf 50 Mk., sowie die Einbehaltung der Rückvergütung bis zum Betrage von 10 Mk. wurde nach der Begründung durch den Geschäftsführer Henze einstimmig angenommen. Nachdem dann auch noch der letzte Antrag der Verwaltung auf Erhöhung des Betrages der von der Genossenschaft aufzunehmenden Anleihe und Spareinlagen um 2 Millionen auf 4 Millionen angenommen worden war, fand Schluß der außerordentlich gut besuchten General-Versammlung statt.

Die Jahrgänge 1896—99.

Von vielen Seiten werden beunruhigende Nachrichten über ein Festhalten der Jahrgänge 1896—99 beim Heere laut. Hierzu teilt das Kriegsministerium folgendes mit: Die Zurückhaltung der Jahrgänge 1896—99 dient lediglich den Bedürfnissen der Uebergangszeit. Die Entlassung der Jahrgänge 1896—99 ist selbstverständlich und wird sich den übrigen Jahrgängen anschließen. Sie sollen keinen Tag länger gehalten werden, als der Gang der Demobilmachung, besonders auch die Abbeförderung der Gefangenen es erfordert. — Es ist zu hoffen, daß mit der Entlassung des Jahrganges 1896 Anfang Januar begonnen wird, und auch die Entlassung 1897 noch im Januar beginnen kann. — Ueber die Jahrgänge 1898 und 1899 wird dann die Regierung befinden.

Maßnahmen gegen Wohnungsmangel.

Die Knappheit an Wohnungen nimmt leider immer mehr zu, da die wenigen im Laufe des Jahres eingerichteten Wohnungen den Bedarf bei weitem nicht decken konnten und die Herstellung neuer Wohngebäude auf große Schwierigkeiten stößt. Es ist daher notwendig, daß alle entbehrlichen Räume dem Wohnungszweck zugeführt werden. Zunächst sind sämtliche unbenutzten Räume nach der Polizeiverordnung vom 9. ds. Mts. bei Vermeidung einer Geldstrafe bis zu eintausend Mark dem amtlichen Wohnungsnachweis unverzüglich anzumelden, worauf dieser in einer Bekanntmachung noch besonders hinweist.

Zur
Nationalversammlung
wählen
alle Männer u. Frauen,
die das 20. Lebensjahr vollendet haben.
Dienstboten,
Verkäuferinnen,
Arbeiterinnen
sind demnach selbstverständlich wahlberechtigt, wie jeder andere Deutsche.
Sie müssen aufgeklärt werden, daß es ihre Pflicht ist, für die sozialdemokratische Liste zu stimmen.

Preise für Spargel- und Erbsenkonserven.

Die Gemüsekonserven-Kriegsgesellschaft in Braunschweig veröffentlicht im „Reichsanzeiger" eine Bekanntmachung über die diesjährigen Hersteller-, Groß- und Kleinhandelspreise für Spargelkonserven, sowie eine solche über diesbezügliche Preise für Erbsenkonserven. Die Kleinhandelspreise müssen auf jeder Dose vermerkt sein.

Künstler-Rat. Vom Hansa-Theater wird uns mitgeteilt: Dem Vorbild des Stadttheaters folgend, hat sich nunmehr auch am Hansa-Theater ein Künstler-Rat gebildet, der sich aus den Mitgliedern Frl. Hansing und den Herren Haenselaers, Engelmann und Ditz zusammensetzt. Als Delegierter für den Arbeiter- und Soldatenrat wurde Herr Engelmann und für den Rat der vereinigten Berufe Herr Ditz gewählt.

Brennholz. Der Verkauf wird von jetzt ab auch auf die Vorstädte St. Jürgen und St. Gertrud ausgedehnt. Bezugsberechtigt sind alle Haushaltungsvorstände mit einem Einkommen bis zu 3000 Mark. Abgegeben wird das Holz in Mengen von ½ Raummeter zum Preise von 10 Mark. Vorzulegen ist der Steuerzettel und der Ausweis zum Bezuge von Lebensmitteln. Die Verkaufszeit ist vormittags von 9 bis 10½ Uhr und nachmittags von 2 bis 3½ Uhr.

Keine Lieferbeschränkung im Großhandel mehr. Da die Gründe, die seinerzeit zu der Bestimmung des § 7 der Webwarenverordnung geführt haben, daß nur Lieferungen an solche Abnehmer gestattet sind, mit denen der Lieferant bereits vor dem 1. Mai 1916 in dauernder Geschäftsverbindung gestanden hat, jetzt nicht mehr vorliegen, konnte diese Vorschrift aufgehoben werden. Auch das Verbot der Lagerherstellung im § 7 konnte beseitigt werden. Das Reichswirtschaftsamt hat deshalb unter dem 22. November 1918 das Außerkrafttreten des § 7 verordnet. Den heimkehrenden Kriegern ist es künftig möglich, einen neuen Handel mit Web-, Wirk- und Strickwaren zu beginnen. Die allgemeinen Ausnahmebewilligungen, insbesondere die auf die Bescheinigung IV gegründete, sind durch Aufhebung des § 7 gegenstandslos geworden. Die Bestimmungen über Kettenhandel bleiben jedoch bestehen.

Amtliche Bekanntmachungen in unserer heutigen Ausgabe betreffen: Entlassungen von Truppen; Bezugsausweise für Garn; Sonderzuteilung von K.-A.-Seife; Verlegung der Säuglings- und Kleinkinderfürsorgestelle III; Ansprüche Entlassener.

Die Verhaftung eines Schleichhandel treibenden Wildhändlers in der Gröpelgrube veranlaßt den dort wohnenden Wildhändler R. Gieseler uns um die Mitteilung zu ersuchen, daß er mit dem Festgenommenen nicht identisch ist.

Durch ein Versehen ist im gestrigen Bericht über das dritte Symphonie-Konzert die A-dur-Symphonie von Bruckner als Werk Beethovens angegeben. Das sei hiedurch richtig gestellt.

Schwartau. Eine widerlegte Verdächtigung wärmen die hiesigen „Nachr. f. d. Fürstentum Lübeck" gestern in ihrem Sprechsaal wieder auf. Sie erzählen ihren Lesern, daß die A.- und S.-Räte, denen sie begreiflicherweise wenig freundlich gesinnt sind, die Vergeudung von Staatsgeldern betreiben und beziehen sich dabei auf eine Rede des Reichsschatzsekretärs Schiffer, der davon gesprochen hat, daß die gegenwärtige Regierung sehr viel teurer wirtschaftet wie die frühere. Wenn man bedenkt, welche Aufgaben infolge der Demobilisierung jetzt zu erfüllen sind, ist das ohne weiteres erklärlich. Wir treten selbstverständlich für die sparsamste Wirtschaft der A.- und S.-Räte ein und verlangen eine genaue Kontrolle ihrer Ausgaben. Jene Kreise aber, die nichts dagegen einzuwenden hatten, daß während des Krieges nutzlos Milliarden verschwendet wurden, verfolgen nur niedrige Absichten, wenn sie über die angeblich hohen Ausgaben der Räte die Nase rümpfen.

Schwartau-Rensefeld. Eine Volksversammlung findet am Sonntag, dem 15. Dezember, abends 7½ Uhr, im Gasthofe „Transvaal" statt. Stadtverordneter Hackelberg-Altona spricht über: „Vom Weltkrieg zum Volksstaat." Männer und Frauen, erscheint in Massen!

Schönberg. Die Wahl zur verfassunggebenden Versammlung in Mecklenburg-Strelitz findet am Sonntag, dem 15. Dezember statt. Es gilt eine freie Republik Mecklenburg-Strelitz zu schaffen. Dies Werk kann aber nur gelingen, wenn die rechten Männer in diese Versammlung gewählt werden. Die Wahlparole muß sein: Kein Junker, kein Kapitalist, kein Anhänger des alten Polizeigeistes, der Mecklenburg regiert hat, darf einziehen in die verfassunggebende Versammlung. Darum Wähler und Wählerinnen! Gebt eure Stimme am 15. Dezember nur den Kandidaten der sozialdemokratischen Partei. Sie allein geben die Gewähr, daß ein neues Mecklenburg entsteht, in dem auch die Arbeiter und Arbeiterinnen, ob sie mit der Hand, ob sie mit dem Kopfe im Dienste der Allgemeinheit tätig sind, sich wohl fühlen können. Wählt keinen Junker, wählt keinen Kandidaten der bürgerlichen Mischmaschparteien, mögen sie sich nennen wie sie wollen. Sie alle sind Verfechter der Interessen des Geldsacks. Wählt sie nicht! Die verfassunggebende Versammlung darf kein Geldsackparlament werden. An dem Stimmzettel dürfen Aenderungen nicht vorgenommen werden. Sonst ist er ungültig. Der Stimmzettel ist in einem Briefumschlag, der von einer im Wahllokal zu solchem Zweck vom Wahlvorstand aufgestellten Person in Empfang zu nehmen ist, dem Wahlvorsteher zu übergeben, der den Briefumschlag sofort uneröffnet in die Wahlurne legt. Die Wahl ist also völlig geheim. Wer nicht wählt, ohne daß ihn ein triftiger Grund daran hindert, wird bestraft. Die Wahlzeit dauert von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 5 Uhr. Wahlberechtigt sind durchweg alle Personen männlichen und weiblichen Geschlechts, welche spätestens am Wahltage das 20. Lebensjahr vollendet haben und entweder vor dem 15. November 1918 in Mecklenburg-Strelitz staatsangehörig waren oder bereits vor dem 1. Juli 1918 im Lande ihren Wohnsitz hatten. Militärpersonen, auf welche diese Voraussetzungen zutreffen, können ihre Eintragung in die Wählerliste noch bis 14. Dezember beantragen. Andere Militärpersonen können noch wählen, wenn sie auf Grund ihrer Zugehörigkeit zum Soldatenstande sich am Wahltage im Lande, und zwar seit dem 15. November 1918, aufhalten und den Nachweis hierüber durch Bescheinigung der Truppenteile oder des örtlich zuständigen Soldatenrats erbringen. Zeitweilige Abwesenheit gilt nicht als Unterbrechung des Aufenthaltes.

Hamburg. Von der sozialdemokratischen Presse. Die seit dem 7. November im Druckereigebäude des „Hamb. Echo" erscheinende „Rote Fahne" kündigt an, daß sie vom 15. Dezember ab im Betriebe der Druckerei von vorm. Friedrich Meyer in Eilbeck erscheint, aber nicht mehr unter dem von der früheren linksradikalen Leitung übernommenen Titel „Die Rote Fahne", sondern als „Hamburger Volkszeitung", Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei. Die gleichzeitig mit dieser Ankündigung verbreitete Mitteilung, daß das „Hamburger Echo" vom 15. Dezember ab zweimal täglich erscheinen wird, können wir bestätigen. Es entspricht dies einem Beschluß der von unserer Parteileitung einstimmig gefaßt worden ist.

Kiel. Die Sozialdemokraten verlangen die Neuwahl des Arbeiterrats. In der am Mittwoch abgehaltenen Versammlung des sozialdemokratischen Vereins Groß-Kiels gelangte mit allen gegen vier Stimmen eine Entschließung zur Annahme, welche die Neuwahl des Arbeiterrates auf demokratischer Grundlage fordert, damit zum Ausdruck komme, daß die Arbeiterschaft hinter dem Arbeiterrat stehe. Die Zahl der Mitglieder ist auf 30—36 festzusetzen. Alle Hand- und Kopfarbeiter und -Arbeiterinnen, deren Jahreseinkommen 6000 Mk. nicht übersteigt, sollen zur Wahl zugelassen werden. Die Parteistellung der Kandidaten muß auf den Wahlzetteln klipp und klar vermerkt sein. Bezüglich der Beamten gab der Antragsteller, wenn auch unter großer Abneigung, zu erwägen, daß man ihnen einen Sitz im Arbeiterrat einräumen wolle.

Schwerin, Fortfall der Apanagen. Die Volksregierung des Freistaates Mecklenburg-Schwerin hat beschlossen, daß die aus Landesmitteln geleisteten „Wittümer und Apanagen" für die Angehörigen der bisher großherzoglichen Familie nicht mehr zur Auszahlung gelangen sollen. Es handelt sich hierbei um folgende Jahresbeträge: 186 000 Mk. an die Frau Großherzogin Marie, 191 000 Mk. an die Frau Großherzogin-Mutter Anastasia, 96 500 Mk. an den Herzog Paul Friedrich, 47 140 Mk. an den Herzog Johann Albrecht, 75 000 Mk. an den Herzog Adolf Friedrich, 40 000 Mk. an den Herzog Heinrich zu Mecklenburg, 40 000 Mk. an den Herzog Heinrich Borwin, 20 000 Mk. an die Herzogin Marie Antoinette, im ganzen 695 640 Mk.

Wilhelmshaven. Doppelmord. Der Wächter Grätzer erschoß in der Trunkenheit einen bei ihm wohnenden Matrosen mit Namen Wernudeit und dessen Braut, verletzte seine Ehefrau lebensgefährlich und beging danach einen Selbstmordversuch.

Bremen. Verhaftungen. Hier sind durch Organe des Soldaten-Rates 22 Personen des Bürgerstandes verhaftet worden. Unter ihnen befindet sich auch der Referendar Dr. Hugo Gebhardt, der in den letzten Wochen sich an der Leitung demokratischer Versammlungen beteiligte. Ueber den Grund der Verhaftungen war bisher nichts zu erfahren. — Deutsche Ausfuhr. Auf Anfrage ist von zuständiger Seite in Berlin mitgeteilt worden, daß deutsche und schwedische Vorstellungen eine Erleichterung der englischen Blockade in der Ostsee erwirkt haben. Die deutsche Ausfuhr von Kohlen, Kali und Salz würde danach zugelassen. Wegen andere Exporte von und nach Schweden soll das System der Geleitscheine eingeführt werden.

Bremen. Lösung der Zeitungsfrage in Bremen. Für die in Bremen vorhandenen drei Parteirichtungen, die linksradikalen Kommunisten, die Unabhängigen und die Mehrheitssozialisten ist jetzt die Zeitungsfrage gelöst. Wie wir unserem Parteiblatt, der „Bremer Bürgerzeitung" entnehmen, haben sich die bisher gemeinsam handelnden Unabhängigen und Linksradikalen jetzt in der Zeitungsfrage getrennt. Seit voriger Woche geben die Linksradikalen ihr eigenes Organ, den „Kommunist", heraus. Am Mittwoch war eine Kommission der Unabhängigen bei der Geschäftsleitung der „Bremer Bürgerzeitung", um wegen eines Druckauftrages betreffend die Herausgabe einer unabhängigen Tageszeitung zu verhandeln. Die Geschäftsleitung erklärte sich zum Druck bereit, fertigte eine Kostenrechnung an und stellte Räume für die Redaktion und Expedition zur Verfügung. Somit ist die Zeitungsfrage für die drei Parteirichtungen in Bremen entschieden: die Linksradikalen haben ihr Organ („Der Kommunist"), dazu ihr wissenschaftliches Organ, die „Arbeiterpolitik", die Unabhängigen geben ein eigenes Blatt heraus und die Mehrheitssozialisten, die Anhänger der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, behalten die „Bremer Bürgerzeitung".

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Für den Weihnachts-Kauf

Doppelte Rabatt-Marken

auch auf sämtliche Spielwaren.

Beweise unserer Preiswürdigkeit:

Gekleid. Puppe „Ursel" 38 cm groß, m. Schlafaugen, Perücke und Strohhut 1.95
Puppe „Irma" 40 cm groß, mit Schlafaugen, Perücke, Schuhen und Strümpfen 2.50
Puppe „Ella" 40 cm groß, mit Lederbalg, Schlafaugen Perücke, Schuhen und Strümpfen 4.95

Puppen-Möbel einzelne Tische, Stühle und Betten. Stück 30 ₰
Puppen-Möbel im Karton . . . . . 1.75 65 ₰ 30 ₰
Puppen-Kochherde mit Geschirr . . . . . 10 ₰
Blechgeschirr im Karton . . . . . 75 ₰ 30 ₰ 15 ₰

Planwagen 26 cm groß, grau gestrichen . . . . . 60 ₰
Räderpferd mit Schweif und Mähne . . . . . 35 ₰
Kinder-Trommel Blech. lackiert . . . . . 85 ₰
Mundharmonika im Karton . . . . . 60 ₰ 40 ₰ 20 ₰

Soldaten verschiedener Heeresgattungen . . . . . 25 ₰ 15 ₰
6 Tiere auf Rädern geschnitzt, im Karton 1.25
Stofftiere verschiedener Ausführung . . . . . 1.25 95 ₰
Gesellschafts-Spiele in grosser Auswahl . . . . 16.00 bis 75 ₰

Wir bitten, möglichst die Vormittagsstunden zum Einkauf zu benutzen.

HOLSTENHAUS G. m. b. H. LÜBECK

J. H. Pein
Am Markt 12.
Breite Straße 64.
6766

Beste Bezugsquelle für erstklassige :: Manufakturwaren ::
Spezialhaus für Betten Bettfedern u. Daunen
Herren- und Knaben-Garderob. Arbeiter- und Berufs-Kleidung.

Vorrätig
Gesüßter Essig,
Speiseessig, Essigsprit, Weinessig, Essigessenz, genehmigte künstl. Limonadensäfte, Himbeer u. Zitrone, süß. Johannisbeersaft, ferner Salzgurken, soweit Vorrat reicht. (6781
Ludwig Wiegels,
Fischergrube 60. Fernsp. 8647

Johs. Tollgreve, Goldschmied
Königstraße 92.
Moderne Schmucksachen
Trauringe
in verschiedenen Preislagen.
Gravierung gratis. (6764

Wandkalender
des Lübecker Volksboten
20 Pfg.
Buchhdl. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Lederwaren
kauft man am besten u. billigsten in der 6762
Lederwaren-Fabrik
F. Fränkel, Breitestraße 54

Aus dem Heeresdienst entlassen, nehme ich meine Praxis persönlich wieder auf. (6669
Dentist Willy Koch
Lübeck, Holstenstr. 21, I.

Schuhreparaturen
werden sofort erledigt. (6761
Besohlung in Leder u. Gras.
Schwartauer Allee 4,
Große Burgstr. 38,
Hüxstraße 7,
Hüxstr. 31.
Verkauf von
Sohlen, Flecken, Täcksen, Stiften, Stiefeleisen, Schonern usw.

Scheuertücher
sehr weich u. saugf., Probedtz. M 19
Handtücher
Qual. 150×160 cm, gesäumt, weich u. gut trockn. Probedtz. M 36.—, Qual. II M 31.20
Staubtücher
42 cm, sehr weich u. feinfädig Probedtz. M 19.—
Tellertücher
50 cm, kräft. gute Ware, weiß mit Cartean Probedtz. M 16.50
Postabgabe 1 Dtz., größere Posten billiger. 6779
August Rettig,
Berlin-Tempelhof 62.

Konsumverein für Lübeck u. Umgeg.
e. G. m. b. H.

Nachdem die am 11. Dezember stattgefundene Generalversammlung die diesjährige Bilanz genehmigt hat, erfolgt die Auszahlung der

3 Prozent Rabatt

für im Geschäftsjahr 1917—18 entnommene Waren am

Freitag, dem 13., Sonnabend, dem 14., Dienstag, dem 17. u. Mittwoch, dem 18. Dezember

während der Geschäftsstunden in den Warenabgabestellen gegen Abgabe der bei der Markenablieferung erhaltenen Quittung.

Die Auszahlung des Rabatts kann in den Lübecker Abgabestellen, der Warenverteilung wegen, am Montag, dem 16. Dezember nicht stattfinden, die Auszahlung erfolgt also nur an den angeführten vier Tagen. Wir bitten die Mitglieder dringend, dies zu beachten, damit Verzögerungen vermieden werden.

An Kinder unter 12 Jahren wird nicht ausbezahlt.

6757 **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Verein.
11. Distrikt.

Am Montag, dem 16. Dezember, abends 7½ Uhr
Versammlung im Restaurant Louisenlust.

Alle Parteigenossen und Genossinnen, sowie Freunde unserer Sache, sind hiermit freundlichst eingeladen, vollzählig zu erscheinen.

Zum 11. Distrikt gehören: Ballastkuhle, Adolf-, Birken-, Gertrudenstraße, Glashüttenweg, Hafen-, Louisen-, Eschenburg-, Neue Park-, Schulstraße, Gr. u. Kl. Vogelsang, Beim Tannenhof, Jahnstr., Israelsdorfer Allee usw. (6777

Der Distriktsführer W. Schoof.

Schlutup.
Kriegsbeschädigte und Kriegsteilnehmer.
Oeffentliche Versammlung
am Sonntag, dem 15. Dezember
vormittags 11 Uhr im Gasthof zur Linde.
Unsere sozialpolitischen Forderungen.
Zeichen: Bund der Kriegsbeschädigten u. ehem. Kriegsteilnehmer
Sitz Berlin. (6752

Deutscher Transportarbeiter-Verband
Ortsverwaltung Lübeck.

Versammlung der Schauerleute
am Sonntag, dem 15. Dezember
vormittags 9½ Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tages-Ordnung:
1. Bericht der Lohnkommission über die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverein.
2. Wahl von Obmännern.

Mitgliedsbücher sind vorzuzeigen.

6759 **Die Ortsverwaltung.**

Achtung!
Meiner werten Kundschaft von **Schlutup und Umgegend** zur gefälligen Kenntnis, daß ich mit dem heutigen Tage mein Geschäft in vollem Umfange wieder aufgenommen habe. (6741
Julius Voigt
Töpfermeister
Brehmerstrasse 8.

Verband der Zimmerer
Zahlstelle Schwartau.

Versammlung
am Sonntag, d. 15. Dezember
nachmittags 3½ Uhr
im Vereinslokal
(Süfkes Gasthof.) (6756

Gasthof am Kreuzweg
Seeretz.
Sonntag, den 15. Dezember
Tanzkränzchen.
Anfang 4 Uhr.
Hierzu ladet freundlichst ein
6778) Emil Gordts.

Deutscher
Bauarbeiter-Verband.
Bezirksverein Lübeck.

Baudelegierten-Versammlung
am Montag, 16. Dez.
abends 7½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.

Tagesordnung:
1. Unser Arbeitszeit-Tarif.
2. Verschiedenes.

Vollzähliges Erscheinen ist unbedingt notwendig.

Laut Vertragsbestimmungen muß auf jeder Arbeitsstelle im Hoch- und Tiefbaugewerbe ein Delegierter nebst Vertreter bestimmt werden.

NB. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß das Bureau von jetzt ab abends 7 Uhr geschlossen ist.

6755) **Der Vorstand.**

Zum 1. Januar werden 3 Hilfskassierer im Bezirk Lübeck gesucht. Die darauf Reflektierenden müssen sich baldmöglichst im Bureau, Johannisstraße 48, II, melden.

Schwartau-Rensefeld.
Oeffentliche
Volksversammlung
am Sonntag, d. 15. Dezember
abends 7½ Uhr
im Gasthof Transvaal
Schwartau.

Stadtverordneter R. Hackelberg, Altona, spricht über das Thema:
Vom Weltkrieg zum Volksstaat

Männer und Frauen, erscheint in dieser Versammlung.

6757) **Der Einberufer.**

Die sozialen u. wirtschaftspolitischen Forderungen der Sozialdemokratie.
Oeffentl. Vortrag v. Herrn Parteisekretär **Bromme** Sonnabend, den 14. Dez., 8 Uhr, im **Logensaal**, St. Annenstraße 2. (6787
Freie Aussprache.
Der Verein f. Frauenstimmrecht.

Hansa-Theater.
Freitag abend 7 Uhr:
Wenn im Frühling der Holunder . . . !
Operettenposse v. Heinz Lewin.
Sonnabend:
Sah ein Knab' ein Röslein stehn.
Sonntag nachmittag
Rotkäppchen.
Sonntag abend 7 Uhr
Wenn im Frühling der Holunder . . . ! 6768

Stadttheater Lübeck.
Spielzeit 1918/19.
6774
Freitag, den 13. Dezember:
Anfang 7 Uhr.
10. Vorstellung im Freitag-Ab.
Margarethe.
Gr. Oper in 5 Akten von Ch. Gounod.
Sonnabend, den 14. Dezember
Der Zigeunerbaron.
Sonntag, den 15. Dezember
Vormittags 11 Uhr
Tanz-Vorstellung des gesamten Balletts.
Tänze aller und neuer Schule mit Orchester.
Nachmittags 3 Uhr.
Kleine Preise.
Der Hüttenbesitzer
Abends 7 Uhr
Gastspiel von **Willy Buers** vom Stadttheater in Hamburg als Sebastiano.
Tiefland.
Gastspielpreise.
Dienstag, den 17. Dezember
Margarethe.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschl.
Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
am Sonnabend, dem 14. Dezember
abends 8 Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tagesordnung:
1. **Unsere nächsten Aufgaben.**
Referent: Kollege Radden.
2. Innere Verbandsangelegenheiten.

Wegen der wichtigen Tagesordnung müssen alle Mitglieder erscheinen.

6776 **Die Ortsverwaltung.**

Reichsbund der Kriegsbeschädigten und ehemaliger Kriegsteilnehmer.
Sitz Berlin. — Ortsgruppe Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
am Sonnabend, dem 14. Dezember
abends 8 Uhr
im Lokale Gustav Ehlers, Hüxstraße 110.
Wichtige Tagesordnung.
Erscheinen aller Kameraden unbedingt erforderlich.

6751) **Der Vorstand.**

Bund der technisch-industriellen Beamten.
Oeffentliche Versammlung
am Sonnabend, d. 14. Dezember 1918, abends 8 Uhr pünktlich, im Hause der Schiffergesellschaft, Breite Straße 2.

Tagesordnung:
Die Forderungen der technischen Angestellten.
Referent: Herr **Dr. Rudolf, Kiel.**
Der Zusammenschluß der Angestellten-Verbände.
Referent: Herr **Haut, Lübeck.**
Anschließend freie Aussprache.
Gäste willkommen. (6746
Der Vorstand.

Nr. 291
25. Jahrgang

Beilage zum Lübecker Volksboten

Freitag, den 13. Dezember 1918

Waffenstillstand und Frieden.

Die erste Sitzung der Waffenstillstandskommission in Trier wegen Verlängerung des Waffenstillstandes begann Donnerstag vormittag 11 Uhr. Die Verhandlungen werden in einem D-Zug am Bahnhof Trier geführt. Der strenge Abschluß der Mitgliedr der deutschen Kommission von jedem Verkehr mit der Außenwelt wird auch während der Verhandlungen auf das peinlichste durchgeführt.

Nach Pariser Berichten haben die deutschen Vorstellungen in England Gehör gefunden und die Verlängerung dss Waffenstillstandes wird in Kürze erwartet. Es denke in Wirklichkeit kein Mensch daran, nach dem 17. Dezember die Feindseligkeiten wieder aufzunehmen, weil Deutschland die Bedingungen nicht habe restlos erfüllen können.

Die englische Admiralität besteht auf der Forderung, den Panzerkreuzer „Mackensen" bis Ende Dezember abzuliefern, obwohl er erst in 4 Monaten schleppbereit ist. Weiter wird die Auslieferung der nach dem Völkerrecht rechtmäßig in deutschen Besitz übergegangenen Prisenschiffe verlangt.

Trotz Hinweis auf die bedenklichen Folgen für die deutsche Volksernährung zeigte die englische Kommission kein Entgegenkommen in der Frage der Freigabe der Fischerei und des Verkehrs zwischen den deutschen Häfen und bezog sich auf die diesbezügliche, bereits ablehnende Antwort Beattys.

Auch die nordischen Länder bleiben nicht unberührt von diesen neuen englischen Maßnahmen. So liegen z. B. in Deutschland mehrere Dampfer mit Salz, Petroleum usw. für den norwegischen Heringsfang. Die Gefahr der Kaperung verhindert diese Dampfer, die Fahrt nach Norwegen anzutreten. Ebenso liegen in den nordischen Häfen Dampfer mit Fischprodukten für Deutschland, die dem Verderben ausgesetzt sind.

Wirtschaftliches.

Gegen die Beschränkung des Zeitungsumfangs

hat der Vorsitzende der deutschen Zeitungsverleger an das Reichswirtschaftsamt telegraphiert, daß bis zu den vorgesehenen Verhandlungen das Weihnachtsgeschäft fast vorbei sei. Viele Anzeigen müßten zurückbleiben, wodurch großer Schaden entstehe, da für viele Zeitungen damit der Erfolg des ganzen Jahres abhänge. Es wird ersucht, die Einschränkungsverordnung sofort aufzuheben.

*

Im Zeitungsverkehr mit dem neutralen Auslande

sind alle bisherigen, aus militärischen Gründen getroffenen Beschränkungen aufgehoben worden.

*

Für einen internationalen Wirtschaftsbund

sprach sich die Kommission für auswärtige Angelegenheiten der Handelskammer der Vereinigten Staaten aus. Sie ist gegen die wirtschaftliche Ausbeutung und erklärt den Grundsatz der Gefälligkeit für die Grundlage angemessener internationaler Beziehungen.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Lohnbewegung in der Baumwollindustrie in England ist noch nicht zum Abschluß gelangt. Die Arbeiter bestehen auf einer Lohnerhöhung von 40 Prozent. Eine Kommission der Baumwollproduzenten, die mit den Delegierten der Webereien verhandelte, tagte in London. Diese forderten eine Erhöhung der heutigen Löhne um 50 Prozent. Die Arbeitgeber heben hervor, daß die Erhöhung der heutigen Löhne um 50 Prozent gleichbedeutend sei mit einer Erhöhung der Löhne um 82,50 Prozent seit Kriegsbeginn. Die Kommission behielt sich ihre Beschlüsse vor, die binnen 10 Tagen beiden Parteien mitgeteilt werden sollen. Sie sind bereit, sich einem Urteil des Schiedsgerichts zu unterwerfen.

Die Hafenarbeiter von Antwerpen haben beschlossen, nicht mehr als 8 Stunden täglich zu arbeiten bei 9 Franken Lohn. Die Nachtarbeit wird abgeschafft.

Soziales.

Eine großzügige Wohnungsreform für Groß-Berlin wird von der preußischen Staatsregierung unternommen. Sie wird alle fiskalischen Ländereien in der unmittelbaren Umgebung Berlins zu dem billigen Preise von 50 Pfg. bis 2,00 Mk. pro Quadratmeter dem gemeinnützigen Kleinhausbau zur Verfügung stellen. Für die erste Zeit hat dieses Angebot allerdings noch wenig praktischen Wert, weil die Ländereien erst aufgeschlossen werden müssen. Kanalisation und Straßenbau sind aber zurzeit vier- bis fünfmal so teuer wie 1914, sodaß immerhin der Preis für das aufgeschlossene Land mindestens so hoch kommen würde, wie vielfach baureif aufgeschlossenes Land aus Spekulationshand zu kaufen ist. Es wird also noch einige Zeit dauern, bis die Absicht der Regierung zu segensreicher Wirkung gelangt. Gerade deshalb würden die Terraingesellschaften und sonstigen Bodenhändler, die über baureifes Land verfügen, in ihrem eigenen Interesse gut daran tun, jetzt sofort ihren Grundbesitz zu billigem Preis herzugeben, denn wenn erst die billigen Staatsländereien zur Verfügung stehen, haben diese Bodenbesitzer gar keine Aussicht mehr, ihr Land zu den ihnen vorschwebenden Preisen loszuwerden. In einzelnen Gemeinden Groß-Berlins sind die Terraingesellschaften bereits zu dieser Einsicht gelangt und haben Bauland zu erheblich verbilligtem Preise für den gemeinnützigen Wohnungsbau zur Verfügung gestellt.

Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit. Das Reichsamt für Demobilisation hat eine Reihe von Maßnahmen eingeleitet, von denen eine Abnahme der großstädtischen Arbeitslosigkeit erwartet werden kann. Unter anderem wird die notwendige Heraussichtung der Arbeiterinnen aus den Fabriken betrieben, damit an ihre Stelle die arbeitslosen männlichen Personen treten können. Die Arbeiterinnen sollen auf dem Lande und in den Kleinstädten untergebracht werden. Auch sonst sind Maßnahmen eingeleitet, um die Verteilung der in den Großstädten zusammengeballten Massen von Arbeitslosen aufs Land herbeizuführen. — Die sofortige Entlassung der Bergarbeiter aus dem Heeresdienste ist in die Wege geleitet.

Der Siegeszug des Achtstundentages. Das dänische Folkething berät in diesen Tagen den Achtstundentag in Fabriken mit durchgehender Arbeitszeit und die Abschaffung der Nachtarbeit in den Bäckereien. Beide Gesetze dürften noch in dieser Reichstagsperiode ohne wesentliche Aenderung angenommen werden. — Für sämtliche Arbeiter der Werften der schwedischen Marine wird vom Monat Januar ab die wöchentliche Arbeitszeit von 57 Stunden auf 48 Stunden ohne Verminderung des Arbeitslohnes herabgesetzt.

Aus Nah und Fern.

Vier Kinder durch explodierende Granaten getötet. In Eschborn in Hessen wurden vier 6- und 11jährige Knaben durch explodierende Granaten, die durchziehende Artilleristen in leichtsinniger Weise fortgeworfen hatten, getötet.

Schweres Eisenbahnunglück in Westfalen. Auf dem Bahnhof Lembeck bei Dorsten fand aus bisher noch nicht aufgeklärten Gründen ein heftiger Zusammenstoß zwischen einem Güter- und Milchzug und einem Eilzug statt. Beide Lokomotiven bohrten sich ineinander. Der Packwagen des Güterzuges wurde völlig zertrümmert und geriet in Brand. Der Zugführer, zwei Postschaffner und ein Schaffner des Milchzuges wurden getötet. Außerdem wurde das übrige Zugpersonal und mehrere andere Personen leicht verletzt.

Anklage gegen den Exkaiser. Eine Anzahl Mütter in Lille haben die Initiative zu einer gemeinsamen Anklage gegen den früheren Kaiser ergriffen. Die Anklage lautet folgendermaßen: In Anbetracht dessen, daß die deutschen Armeeoberkommandanten während der Ereignisse im April 1916 minderjährige junge Mädchen ihren Familien entrissen haben, ihnen eine schändliche Behandlung zufügten und sie mit Frauen schlechten Lebenswandels und Soldaten in Verbindung brachten, mit Rücksicht darauf, daß die Chefs der deutschen Armeen sich auf diese Weise der Entführung der Minderjährigen und der Aufreizung der Minderjährigen zu liederlichem Lebenswandel schuldig gemacht haben, mit Rücksicht darauf, daß sie diese Taten immer im Namen des Kaisers vorgenommen haben, reichen die unterzeichneten Frauen eine Anklage ein und fordern die Verfolgung von Wilhelm II.

Billige Preise. In einigen Orten Badens werden Militärpferde und Militärgegenstände zu Spottpreisen verkauft. Pferd und Wagen zu 50 bis 100 Mark, 2 Pferde mit Sattelzeug zu 200 Mark. Die Verluste, die die Militärverwaltung durch diese unerlaubten Handlungen erleidet, gehen in die Millionen.

Unglück mit einer Handgranate. In Reschen in Tirol fand der Bruder des Pfarrers Patzscheider eine Handgranate. Bei dem Versuche, sie zu entladen, explodierte das Geschoß, riß ihm den Kopf mitten entzwei und beide Hände weg. Die Frau eines weiteren Bruders von ihm mit deren zwei Kindern, die sich in seiner Nähe befanden, wurden ebenfalls gräßlich zugerichtet.

Das Ende eines Hofhundes. Das heitere Schildbürgerstückchen eines Bäckerlehrlings wird in Göppingen viel belacht. Eine Bäckermeisterfamilie stand vor der Versteuerung ihres Hofhundes. Allgemein war man von der Minderwertigkeit des Tieres überzeugt, aber die Familie war doch in zwei Parteien gespalten, von denen die eine das Tier aus Mitleid behalten, die andere es töten lassen wollte. Eines Vormittags rief der Meister den Lehrjungen, gab ihm 9 Mark und beauftragte ihn fortzugehen und den Hund zu versteuern. Die Meisterin, die unbemerkt Zeuge dieses Auftrages war, schlich dem Jungen nach, befahl ihm, den Hund zur Tötung auf die Wasenmeisterei zu bringen und gab ihm außer der Gebühr von 1 Mark noch eine Belohnung von 50 Pfennig, um ihrem Befehl entsprechenden Nachdruck zu geben. Der Junge ging und kam ohne Geld und ohne den Hund zurück. Er hatte in seiner Angst, bei dem Meister oder der Meisterin in Ungnade fallen zu können, beide Aufträge ausgeführt, indem er zuerst den Hund versteuerte und ihn dann auf der Wasenmeisterei töten ließ. Die Familie blieb noch längere Zeit in zwei Parteien gespalten.

Amerika das größte schiffbauende Land. Amerika ist jetzt führend im Schiffbau. Im Juli liefen in England 141 948 Tonnen vom Stapel, in Amerika 421 296 Tonnen. Die meisten Werften liegen am Delawarefluß und auf Hog Island. Hog Island ist ein modernes Wunder. Hog Island stellt etwas dar, was aus dem Rahmen der bisherigen Erfahrung und unserer Einbildungskraft heraustritt. Verwundert sahen wir, so schreibt ein englischer Sachverständiger, die mächtigen Konstruktionen von Eisenträgern und die lange Reihe von Hellingen und Ablaufbahnen. Wir zählten die Schiffe, wie sie in einer Reihe nebeneinander im Bau waren, es waren 50. Das konnten wir kaum glauben. Wahrscheinlich kleinere Schiffe, meinte einer: jedes 7500 bis 8000 Tonnen erwiderte unser Führer. Eine gewaltige Anzahl Arbeiter arbeitete mit größter Intensität. Man erzählte uns, daß man ein Auszeichnungssystem neu eingeführt habe. Gold- und Silbermedaillen werden für verdienstvolle Leistungen verteilt, neue Ideen und Erfindungen werden belohnt. Hog Island war im September 1917 noch Sumpfland, auf dem einzelne Kühe weideten. Heute, wo noch nicht ein Jahr vergangen ist, sind hier mehr Hellingen für große Schiffe als ganz Amerika vor dem Kriege besaß. Im Dezember werden 50 Schiffe erbaut und vom Stapel gelassen werden und mit vollen Ladungen nach Europa gehen. Neue 50 Schiffe kommen dann auf die Hellinge. . . . Aber auch andere große Schiffsbauanstalten in der Union bauen mit einer Geschwindigkeit, die über unsere englischen Begriffe hinausgeht. Wenn wir — so sagt Herr E. H. Hurley, der Leiter des amerikanischen Schiffsbauministeriums — 751 Hellinge für Frachtdampfer besitzen und im Jahre durchschnittlich drei Schiffe auf jedes Helling herausbringen, so können wir in einem Jahre 13 518 000 Tonnen vom Stapel lassen, soviel mehr als das was England in den stärksten fünf Jahren seines bisherigen Schiffbaues fertiggebracht hat.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Wo bleiben die beschlagnahmten Lebensmittel?

Man kann häufig im „Volksboten" lesen, daß hier und da große Mengen Lebensmittel beschlagnahmt sind, so wieder bei einem Schleichhändler aus Hamburg 350 Pfund Schweinefleisch, welches dem Kommunalverband zugeführt wurde. Nun aber hat der Proletarier ein gutes Recht zu fragen, wo alle beschlagnahmten Lebensmittel bleiben? Man kann sich nicht genug wundern, daß uns auch noch die paar Gramm guter Butter ganz abgezogen werden, statt daß uns von den beschlagnahmten Lebensmitteln etwas mehr gegeben wird. Früher hieß es, die beschlagnahmten Lebensmittel würden für die Heeresverwaltung verwendet. Wofür aber jetzt derartige Sachen Verwendung finden, bleibt wohl allen ein Rätsel. Es wird dringend um ausführliche Antwort gebeten.

H. Sch.

Anmerkung der Redaktion. Der Einsender ist sich anscheinend nicht klar darüber, welche Mengen notwendig [illegible] einer Bevölkerung von über 100 000 Einwohnern au[illegible] Gramm pro Kopf zu geben. Bleiben wir einmal beim [illegible]fleisch. Ein einfaches Rechenexempel ergibt, daß, um jedem Einwohner auch nur 100 Gramm Schweinefleisch zuzuteilen, über 20 000 Pfund dieses kostbaren Artikels — den wir nur dem Namen nach kennen — notwendig sind. Soviel ist aber leider noch nicht beschlagnahmt worden. Und wenn das der Fall wäre, dann könnte Lübeck darüber auch nicht allein verfügen. Das kann nur durch die Zentral-Einkaufs-Gesellschaft resp. durch das Kriegsernährungsamt in Berlin geschehen. Diese beschlagnahmten Gegenstände, die für die Ernährung der Gesamtbevölkerung verhältnismäßig wenig ins Gewicht fallen, werden im Einvernehmen mit den maßgebenden Stellen den Krankenhäusern, Lazaretten usw., also für den leidensten Teil unserer Bevölkerung, überwiesen. Und damit dürfte jedermann wohl völlig einverstanden sein.

Die Organisation der Beamten.

Unter dem Zwange der eisernen Notwendigkeit wurde am 4. dss. Mts. von der gesamten deutschen Beamtenschaft und Lehrerschaft der Deutsche Beamtenbund auf gewerkschaftlicher Grundlage in Berlin gegründet. Der neue Geist forderte gebieterisch die neue Form. Der Deutsche Beamtenbund muß ein klares Bild der Beamtenbewegung bieten. Dazu gehört, daß Doppelzählungen ausgeschlossen sind. Es muß dahin kommen, daß beispielsweise alle unteren Postbeamten, zu einer Gemeinschaft vereinigt, Anschluß an den Deutschen Beamtenbund suchen und finden. Für die mittleren und höheren Beamten jeder Verwaltung gilt grundsätzlich das gleiche. Der Deutsche Beamtenbund kann nicht unterscheiden zwischen Militär- oder Zivilanwärtern oder Ledigen, für ihn gibt es nur deutsche Beamte. Alle bestehenden Organisationen, die auf den vorerwähnten Unterscheidungsmerkmalen aufgebaut sind, können daher Anschluß an den Deutschen Beamtenbund nicht finden. Allen denen, die jetzt noch beiseite stehen, rufen wir zu: Schließet die Reihen!

Q.

Wie man Kriegsverletzte behandelt.

Im August d. J. wurde ich durch Vermittlung des Landesausschusses für Kriegsverletzte im Kontor bei Torkuhl für schriftliche Arbeiten angestellt. Nach Mitteilung des L.-A. hat T. wiederholt erklärt, daß er mit mir zufrieden sei. Im November erkrankte ich und nun ist mir zum 1. Januar gekündigt worden mit der Begründung, ich könnte wohl auf die Dauer der Beschäftigung doch nicht mehr nachkommen. Das ist doch eine fadenscheinige Abschüttelung, aus der man ersieht, was man in Zukunft von den Versprechungen der Unternehmer zu erwarten hat. Es ist aber auch ein Fingerzeig, wem man bei der Wahl zur Nationalversammlung die Stimme geben muß.

Sch.

Wer hilft uns?

Schon wieder ist eine einmalige Teuerungszulage an die Beamten und ständig beschäftigten Angestellten im Werden. Wer hilft uns, daß auch wir Hilfsarbeiter, die wir schon mehrere Jahre im Staatsdienst sind, diesmal eine angemessene Teuerungszulage erhalten? Unser Verdienst ist 4 bis 6 Mark pro Tag. Wir sind in Not. Wir bitten um Hilfe. Zwei Anträge an den Senat betr. Erhöhung der letzten Teuerungszulage sind nicht einmal beantwortet worden. Warum erhielten wir nicht eine Teuerungszulage wie jeder Arbeiter. (360 Mark für Verheiratete und 285 Mark für Unverheiratete.) Nein, wir erhielten 250 Mark und 10 Prozent für jedes Kind und für Unverheiratete 125 Mark. An wen sollen wir uns wenden?

Die Hilfsarbeiter.

Gehaltszulage.

In der Versammlung des Staatsbeamten-Vereins am 9. ds. Mts. wurde der Beschluß gefaßt, dem Senat die Bitte zu unterbreiten eine gleiche Gehaltszulage wie im September d. J. noch vor Weihnachten auszuzahlen, die in Preußen bereits erfolgt sei. Zur Bemessung der Höhe dieser Zulage möchte ich bitten, in Erwägung zu ziehen, ob es nicht möglich wäre, die Zulagen betreffs der Kinder zu erhöhen und zwar den Betrag der auf jedes Kind entfällt. Es ist doch unbedingt nicht richtig, wenn eine 6—8-köpfige Familie „weniger" oder nur ein wenniges „mehr" erhält, wie ein Beamter ohne Kinder aber mit recht hohem Gehalt (dieses war bei der letzten Auszahlung der Fall!) Zu den ganz bedeutenden Mehrausgaben in der zahlreichen Familie an Lebensunterhalt kommen noch die für Fuß- und sonstige Bekleidung, Schulgeld, Lehrmittel, größere Wohnung usw. Ich möchte daher vorschlagen, den auf jedes Kind entfallenden Betrag zu erhöhen, und zwar wo mehr als drei Kinder sind, bedeutend zu erhöhen, desgleichen die persönlichen Zulagen prozentual aufzubessern. Die nötigen Mittel hierzu aber können durch Kürzung oder gänzliche Streichung der den mit auskömmlichen Gehältern ausgestatteten, kinderlosen Familien zugedachten Zulagen aufgebracht werden. Eine große Arbeit würde durch Aufstellung einer solchen Liste nicht entstehen.

Ein Familienvater.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co
Sämtlich in Lübeck.

Brauereien
Brauerei zur Walkmühle
Nansa-Brauerei A.G.
Lübeck.
Trinkt
Lübecker Vereins-Bräu

Bavaria-Brauerei
Hamburg-Altona
Niederlage Lübeck
Lindenstr. 60 a Tel. Nr. 474

Herrenartikel
Heinrich Waller
Breitestraße

Praktischer Wegweiser
Erscheint wöchentlich einmal
empfehlensw. Geschäfte
Zur gefl. Beachtung empfohlen

Brauereien
Die Biere der Schloßbrauerei Kiel werden überall bevorzugt.

Weine
Wilhelm Rahfoht
Untertrave 113 Telephon 637
vorteilhafte Bezugsquelle von diversen Weinen u Spirituosen

Garnhandlungen
Adolf Rehsch Holstenstr. 2 Ecke Schüsselbud.

Fleisch- und Wurstwaren
Ochsen- u. Schweineschlächterei
Julius Schober
feinste Wurstwaren
Große Burgstr. 65

Thüringer Wurstfabrik
August Scheere G. m. b. H.
liefert das Feinste in allen Wurstwaren.

Lederhandlungen.
Carl Rohde Handestr. 61
Sohlenschnitt, Bedarfsartikel
Pelz-Surberei
Heinr. Schlüter Glockengießerstraße 7 Sohlledermaschinen

Kenner bevorzugen
das gute Lübecker Bürgerbräu
Aktienvierbrauerei Lübeck

Entlaubungsmittel
Mewes Mühle, Mühlenfabrikate

Ratzeburg
Ratzeburger Aktien-Brauerei

Bekanntmachung.

Es wird hiermit nochmals darauf hingewiesen, daß jeder der zur Entlassung kommenden Kameraden Ansprüche hat auf:

1 Hose, 1 Waffenrock bezw. Jacke, 1 Halsbinde, 1 Mütze, 1 Hemd, 1 Unterhose, 1 Paar Strümpfe, 1 Paar Schnürschuhe oder Stiefel, 1 Mantel bezw. Wolldecke oder Unterjacke.

Bei der Knappheit an Uniformstücken ist es jedoch ausgeschlossen, daß alle Kameraden bei der Entlassung neu eingekleidet werden. **Es besteht lediglich ein Anspruch auf diejenige Ausrüstung, die jeder gerade in seinem Besitz hat.**

Der Soldatenrat Lübeck.

J. A.: Weiß. (6786

Lübecker Strassenbahn.

Bekanntmachung.

Die zur Zeit in Benutzung befindlichen Berechtigungsscheine zum Bezuge von Arbeiter-Wochenkarten verlieren mit dem 31. Dezember d. J. ihre Gültigkeit.

Es wird darauf hingewiesen, daß eine Neuausfertigung dieser Scheine unter Vorlage einer neuen Arbeitsbescheinigung mit Angabe des Arbeitsverdienstes in der Zeit vom 16. bis 20. Dezbr. 1918 im Verwaltungsbureau, Roeckstraße Nr. 49a, zwischen 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends erfolgen kann.

Vorgeschriebene Vordrucke für Arbeitsbescheinigungen sind bei der Firma Gebr. Borchers erhältlich.

6773 Die Betriebsverwaltung.

Anmeldung des Bezugsrechts

für 6784

das Lebensmittelkartenheft 8.

Letzter Tag für die Anmeldung

am Montag, 16. Dez. 1918.

Verkauf von Brennholz im Armen-Arbeitshaus.

Der Verkauf wird von heute ab auch auf die Haushaltungsvorstände der Vorstädte St. Jürgen und St. Gertrud ausgedehnt.

Lübeck, den 12. Dezember 1918. (6794

Der Ausschuß für Kriegshilfe.

Bekanntmachung

über einmalige Sonderzuteilung von K.-A.-Seife.

Vom 29. November 1918.

Auf Grund der Ermächtigung durch die Reichsregierung sowie auf Grund des § 1 der Bekanntmachung über den Verkehr mit Seife, Seifenpulver und anderen fetthaltigen Waschmitteln vom 16. April 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 307) wird folgendes bestimmt:

Ueber die im § 2 Nr. 1 der Bekanntmachung betreffend Ausführungsbestimmungen über den Verkehr mit Seife, Seifenpulver und anderen fetthaltigen Waschmitteln vom 21. Juli 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 766) vorgesehene Menge Feinseife hinaus dürfen auf den Januar-Abschnitt der laufenden Seifenkarte einmalig statt 50 Gramm 100 Gramm K.-A.-Seife abgegeben werden.

Berlin, den 29. November 1918.

Der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts.

Dr. August Müller. (6759

Vorstehende Bekanntmachung wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Lübeck, den 12. Dezember 1918.

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung

betreffend die Ausgabe von Bezugsausweisen für Näh-, Strick- und Stopfgarn im Eingemeindungsgebiet.

Die Ausgabe der Bezugsausweise für Nähgarn, Leinenzwirn oder Stopf- oder Strickgarn erfolgt unter den in der Bekanntmachung vom 25. November ds. Js. bekannt gegebenen Bedingungen in der Zeit vom **Montag, den 16. Dezember bis Donnerstag, den 19. Dezember ds. Js.** während der Geschäftsstunden:

in Travemünde: in der Geschäftsstelle der Behörde für Travemünde;

in Schlutup: in der Geschäftsstelle des Polizeiamtes für die Ausgabe von Lebensmittelausweisen;

in Rönnitz-Herrenwyk, Siems-Dänischburg, Moisling-Genin: in den Polizeibezirken.

Ueber die Abgabe des Garnes sowie über die für die Abgabe festgesetzte Zeit erfolgt besondere Bekanntmachung.

Lübeck, den 10. Dezember 1918.

6760 **Das Polizeiamt.**

Entlassungen.

(6788

Die Jahrgänge 1898 und 1899 gelten als aktive Ersatzklassen. Bis zur völligen Demobilmachung müssen auch die Jahrgänge 1897 und 1896 zunächst unter den Fahnen bleiben. Alle z. Z. nicht bei der Truppe befindlichen Unteroffiziere und Mannschaften der Jahrgänge 96—99, die k. v. und g. v. (Feld) sind, müssen zur Fahne zurückkehren und sich beim nächsterreichbaren Truppenteil stellen.

Ausgenommen hiervon sind nur diejenigen,

1. die im ordnungsmäßigen Reklamationsverfahren für eigenen oder fremden Betrieb entlassen und vom Heeresdienst zurückgestellt sind und darüber einen Ausweis in ihren Militärpapieren besitzen. Wer Zweifel hegt, erkundigt sich unter Vorlage seiner Militärpapiere bei der nächsterreichbaren Militärdienststelle.
2. die k. v. und G. v. (Heimat oder Etappe) Unteroffiziere und Mannschaften, soweit sie nicht brotlos sind.

Wer bis zum 1. 1. 19. diesem Rufe nicht folgt, macht sich strafbar.

Das stellvertretende Generalkommando IX. Armeekorps.

Als Verlobte empfehlen sich:

Frieda Rohde
Willy Eberhardt.

Lübeck, 15. Dezember 1918. (6750

Der edle Pelz

in seiner vornehmen Eleganz und praktischen Kleidsamkeit findet in unserem Hause die Beachtung, die ihm gebührt

Das besondere Kennzeichen unserer Pelze ist: In jeder Geschmacksrichtung vorteilhafte Preislagen

Umarbeitungen
in eigener Kürschnerei

Rudolph Karstadt

Kommandit-Ges. Lübeck

Deutscher Metallarbeiterverband.

Verwaltungsstelle Lübeck.

Laut Beschluss der letzten Mitglieder-Vezsammlung soll zum 1. Januar 1919 die Stelle

eines zweiten Geschäftsführers

besetzt werden. Bedingungen sind folgende: Der Bewerbende muss firm auf agitatorischem Gebiete, sowie mit dem Kassenwesen vollständig vertraut sein und mindestens 5 Jahre dem Deutschen Metallarbeiter-Verband angehören.

Bewerber müssen ausserdem Bewerbungsschreiben, dem ein Lebenslauf beigefügt sein muss, ihre bisherige Tätigkeit innerhalb der Arbeiterbewegung, sowie auch eine schriftliche Arbeit über „gewerkschaftliche Fragen", deren Thema dem Bewerber überlassen bleibt, bis zum 18. ds. Mts. im Gewerkschaftshause mit dem Vermerk **„Bewerbungsschreiben"** an die Prüfungskommission einschicken. (6771

Bekanntmachung.

Die **Säuglings- und Kleinkinderfürsorgestelle III** ist heute nach der Marienschule, **Langer Lohberg 6/8,** zurückverlegt worden.

Lübeck, 12. Dez. 1918.

6758) **Das Jugendamt.**

Nach langen in Geduld ertragenen Leiden entschlief sanft meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Frau **Lisette Rasmussen** geb. Stricker im 54. Lebensjahre.

Tief betrauert u. schmerzlichst vermißt von den Hinterbliebenen.

Emil Rasmussen
nebst Kinder und allen Angehörigen.

Lübeck, d. 12. Dez. 1918.

Die Trauerfeier findet am Mittwoch, dem 18. Dez., nachm. 2½ Uhr, von der Kapelle des Vorwerker Friedhofes statt. (6795

Gestern Morgen starb nach langem Leiden mein lieber Mann

Hans Gloy.

Tief betrauert von seiner Frau **Wilhelmine Gloy** 6793 verw. **Kramkau.**

Gesucht zu sofort eine **Aufgenstuhl,** das. Mittelschulbücher d. 6. Kl. z. verk. (6792) Glandorfst. 34 p.

3- oder 4-Zimmerwohnung zu sofort oder später gesucht. 6747 **Adolf Burgfeldt,** Mühlenstr. 40.

Spiegel m. Konsolen, Wohnzimmertisch, echt Nußbaum, **Kommode.**
6790) Gr. Burgstr. 30. Sth.

Gr. angekl. Kugelgelenkpuppe, 2½ Meter weiße Seide z. Bluse, 1 Feldstecher zu verk. (6749 Heinrichstraße 18.

Billig zu verkaufen **ein Puppensportwagen.**
6748) Ludwigstr. 55 II.

Ein großes altes Sofa billig zu verkaufen. (6782 Sadowastraße 28. vtr.

1 Paar Stiefel, fast neu, zu verkaufen. Gr. 27½.
6793) Werderstr. 15, prt.

Haus, 2 u. 3 Wohn., groß. Garten od. Land, Fackenburg, Nähe od. v. Tor z. k. ges. Ang. m. Pr., e. Eckh. k. i. Zahl. gegeb. m. u. Z 25 a. d. Exp. d. Bl. (6745

Zu kauf. ges. ein guterhaltener **Anzug,** mittl. Gr. Angeb. u. M M a. d. Exp. d. Bl. (6754

Im Arbeiterinnenheim

Breite Straße 48, Gartenhaus

finden Arbeiterinnen freundliche Aufnahme. Preis d. Bettes einschl. Kaffee Mk. 3.50 wöchentl. (6766

„Vorwärts"-Abreißkalender

2.50 Mk.

Buchhandlung
Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46

Ich halte
Sprechstunden jetzt
werktäglich
8 bis 9½ Uhr vorm.
3 bis 4 Uhr nachm.
Dr. med. Molkau
Hüxterdamm 20.
Fernsprecher 871. (6770

Ersuche meine werte Kundschaft höfl. um Eintragung in die Liste.
Heinrich Dieckvoß
Roßschlachterei.
6780) Obertrave 12.

Konsumverein für Lübeck u. Umgeg.

e. G. m. b. H.

Achtung Mitglieder!

Bis zum Montag, den 16. Dezember

müssen die neuen **Lebensmittelkartenhefte** in unseren Warenabgabestellen wieder angemeldet werden, worauf wir noch besonders die zurückgekehrten Mitglieder freundlichst aufmerksam machen.

6768) **Der Vorstand.**

Zum Weihnachtsfeste

empfehlen

Jugendschriften, Märchen- und Bilderbücher, Gesellschaftsspiele u. a.

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Beleuchtungskörper für Gas und Elektrisch

in großer Auswahl.

Gaskocher, Brathauben, Kochkisten.

J. F. C. Voß,

Fernsprecher 450. (6763) Wahmstraße 16.

Praktische Weihnachtsgeschenke

in guten Lederwaren:

Handtaschen. Zigarrentaschen. Brieftaschen. Portemonnaies. Scheintaschen. Schulränzel. Musik- und Aktenmappen. Schülermappen. Reiseartikel.

F. Fränkel, Lederwarenfabrik
Breite Straße 54. (6773

Drucksachen aller Art

fertigt an

Buchdruckerei Fr. Meyer & Co.